



## **Ausschuss für Schule und Bildung**

### **78. Sitzung (öffentlich)**

19. August 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.45 Uhr

Vorsitz: Kirstin Korte (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkt:**

**Schulpolitische Halbzeitbilanz: Die Landesregierung ist noch nicht in ihrer Regierungsverantwortung angekommen. Sie sollte endlich anfangen zu regieren!**

**3**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/8425

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

\* \* \*



**Vorsitzende Kirstin Korte:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Anhörung zum Antrag der SPD-Fraktion.

**Schulpolitische Halbzeitbilanz: Die Landesregierung ist noch nicht in ihrer Regierungsverantwortung angekommen. Sie sollte endlich anfangen zu regieren!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/8425

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Ich danke allen Damen und Herren Sachverständigen, dass sie den Weg in unseren wunderschönen Plenarsaal gefunden haben. Diejenigen Damen und Herren, die sich in unseren Gefilden auskennen, werden festgestellt haben, dass sich dieser Raum massiv verändert hat. Wir haben jetzt – wie ich das immer nenne – eine „Käfighaltung“. Es ist – wir alle können das nachfühlen – nicht schön, über einen längeren Zeitraum darin zu sitzen; es ist aber die einzige Möglichkeit, in Präsenz miteinander ins Gespräch zu kommen. Ich bitte von daher herzlich um Verständnis.

Aufgrund dieser Situation wissen wir als Abgeordnete, die wir schon einige Stunden in den Käfigen zugebracht haben, dass die Konzentration nach einer gewissen Zeit nachlässt. Wir haben vereinbart zu versuchen, die heutige Anhörung auf einen Zeitraum von zwei Stunden zu begrenzen. Weil eine entsprechende Anregung von meinen Abgeordneten-Kollegen kam, bitte ich bei der Fragestellung um die nötige Disziplin meiner Kolleginnen und Kollegen. Sie, verehrte Damen und Herren, bitte ich, unsere Drei-Minuten-Regel zu beachten. Es sollte eine konkrete Frage an Personen gerichtet werden, die dann in maximal drei Minuten beantwortet werden sollte.

Den Mindestabstand halten wir in den Käfigen wunderbar ein; damit haben wir keine Probleme. Ich darf Sie noch einmal, wie immer, darüber in Kenntnis setzen, dass Film- und -Tonaufnahmen in diesem Raum untersagt sind. Das gilt ebenso für die Einnahme von Speisen und Getränken. Dennoch befindet sich hinter sich der weißen Wand Wasser, so dass Sie zwischendurch einen Schluck trinken können.

Des Weiteren setze ich Sie noch einmal darüber in Kenntnis, dass wir darum bitten, keine Eingangsstatements abzugeben. Ich sage in dem Zusammenhang ein herzliches Dankeschön dafür, dass Sie uns Ihre schriftlichen Stellungnahmen haben zukommen lassen. Setzen Sie diese bitte bei den Kolleginnen und Kollegen als bekannt voraus, so dass Sie darauf nicht mehr besonders verweisen müssen.

Zum Ablauf haben wir uns, wie immer, darauf verständigt, dass pro Fragerunde eine Frage – idealerweise an nur eine Person – gestellt wird. Das kann sich aber bis auf maximal drei Personen erstrecken. Ich habe eben schon gesagt, dass die Frage klar adressiert sein sollte. Zur Not werde ich nachfragen, wenn uns das hier oben nicht ganz klar ist. Des Weiteren bitte ich Sie, sich entsprechend einzudrücken, wenn ich Ihr Mikrofon freigegeben und Sie gebeten habe, Stellung zu beziehen. Gibt es vonseiten

der sachverständigen Damen und Herren Fragen? – Dann starten wir. Das Recht zur ersten Frage hat der Kollege Ott. Herr Ott, bitte.

**Jochen Ott (SPD):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Schön, dass Sie – auch unter den etwas merkwürdigen Bedingungen in den Glaskästen – gekommen sind. So geht es noch. Wenn aber mehrere hintereinander sitzen, sieht man sich kaum noch. Das alles ist nicht so schön. Ich will aber nicht klagen; denn viele, die Sie vertreten, haben im Moment ganz andere Schwierigkeiten. Darüber werden wir heute sicherlich auch noch reden. Deshalb weise ich noch einmal ganz konkret darauf hin, dass dieser Antrag vor der Corona-Epidemie eingebracht worden ist- Es ist aber eine generelle These, wenn festgestellt wird, dass all die Themen, welche in den einzelnen Anträgen beschrieben worden sind, in Zeiten der Corona-Epidemie wie unter einem Brennglas noch deutlicher geworden sind. Insofern findet die Debatte über die Halbzeitbilanz heute, glaube ich, zu einem spannenden Zeitpunkt statt, obgleich wir schon deutlich in der zweiten Halbzeit der Landesregierung angekommen sind.

Meine erste Frage richte ich an die GEW, an LEIS NRW und an mittendrin. Wir haben heute Morgen von der Landesregierung gehört, dass Nordrhein-Westfalen in der Bildungspolitik vorbildlich ist, dass insgesamt alles sehr gut läuft, dass es in Abstimmung mit den Verbänden vorbesprochen wurde und dass mit viel Zeit daran gearbeitet wurde. Wie bewerten Sie die schulpolitische Halbzeitbilanz? An welchen Stellen sahen bzw. sehen Sie sowohl vor als aber auch während der Pandemie die größten Herausforderungen?

**Maika Finnern (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen):** Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Ich kann mich jetzt nicht auf heute Morgen beziehen, denn da war ich nicht mit dabei; aber ich versuche, die Frage einfach so zu beantworten.

Für mich ist im letzten halben Jahr sehr deutlich geworden, dass wir die Probleme, die wir schon seit vielen Jahren – sicherlich schon seit 20 Jahren – im Schulsystem haben, immer wieder diskutieren. Dabei geht es um den bevorstehenden Lehrkräftemangel, der inzwischen sehr deutlich sichtbar geworden ist. Des Weiteren geht es um die Schwierigkeiten der ungleichen Ausstattung, wobei es zum Beispiel um die Forderung nach einem schulscharfen Sozialindex geht. Außerdem geht es um die Ausrichtung der Schulen hin zu einer qualitativ hochwertigen Inklusion. All das sind Dinge, die wir schon seit vielen Jahren anmerken.

Das Gleiche gilt für die deutliche Unterfinanzierung der Bildung. Die hat sich jetzt noch einmal sehr deutlich gezeigt, indem die Schwächen des Bildungssystems sehr deutlich zum Tragen gekommen sind. Die Digitalisierung hat sehr lange auf sich warten lassen. Jetzt haben die Lehrkräfte endlich Endgeräte. Zumindest ist die Förderrichtlinie herausgegeben worden. Noch sind sie aber nicht da. Das hätte man schon viel früher machen können.

Vor vielen Jahren haben Sie gesagt, das sei viel zu teuer, man könne sich all das nicht leisten. Wir müssen – das haben wir schon sehr lange gesagt – dringend über den Punkt reden müssen, wie wir unser Bildungssystem insgesamt finanzieren. Dabei

muss es auch um die Frage gehen, wie wir unser Bildungssystem in Zukunft ausstatten wollen. Das scheint mir ein sehr wichtiger Punkt zu sein. Im letzten halben Jahr ist noch einmal sehr deutlich geworden, dass wir in allen Bereichen mehr in unsere Bildung – also auch mehr in die Schulen – investieren müssen.

Die Treffen im Ministerium wurden zum Teil sehr kurzfristig anberaumt. Am Anfang gab es keine Tagesordnung. Ich hätte mir schon sehr gewünscht, dass man früher begonnen hätte, die Beteiligten am Schulleben zusammenzurufen und in einen echten gemeinsamen Beratungsprozess zu gehen, um zu Lösungen zu kommen, die von allen getragen werden können. Das war jetzt nicht der Fall. Letztlich ist das etwas, das man, finde ich, deutlich kritisieren muss. Das gilt genauso für die Kommunikation mit den Schulen bzw. mit den Beschäftigten. Im letzten halben Jahr war das schlecht.

**Stefan Schemann (Vorsitzender LEIS-NRW e. V.):** Um die Drei-Minuten-Regel einzuhalten, übernehme ich – aus Sicht der Eltern – das, was Frau Finnern gerade gesagt hat. Ich denke, dass die Kommunikation gerade in dieser speziellen Zeit absolut verbesserungsfähig war. Auch wir wurden vor Tatsachen gestellt, mit denen wir uns sehr kurzfristig auseinandersetzen mussten.

Ich komme zur Frage von Herrn Ott und stelle fest, dass uns die Bildungsgerechtigkeit bewegt. Das sehen wir jetzt unter dem Brennglas Corona, haben es aber auch schon vorher gesehen. Dabei geht es um die Frage, wie es die Schule schaffen kann, wirklich zu mehr Bildungsgerechtigkeit zu kommen. Wir sehen gerade im Moment eigentlich eine gegenteilige Entwicklung. Bildungsgerechtigkeit hängt mit Ausstattung und damit zusammen, dass man bestimmte Konzepte umsetzt. Auch hängt sie mit Inklusion bzw. mit inklusiven Konzepten zusammen.

Zudem geht es – auch das hat Frau Finnern gerade erwähnt; das ist mir auch wichtig – um die Frage der Finanzierung. Wenn es beim Thema „Bildung“ um die grundsätzliche Perspektive geht, ist die Frage zu stellen: Ist Bildung ein Kostenfaktor oder eine Investition? Die Antwort ist für uns natürlich klar: Sie ist eine Investition. Das gilt sicherlich für jede Gesellschaft.

Ich muss jetzt nicht auf Ausstattung, Personal und andere Ressourcen eingehen. Da gibt es einen großen Bedarf, den wir genauso sehen wie die Gewerkschaft.

**Eva Maria Thoms (Vorsitzende mittendrin e. V.):** Nach der harten Kritik, die wir vor Amtsantritt der jetzigen Landesregierung an der inklusiven Entwicklung in den Schulen gehört haben, hatten wir uns erhofft, dass wir in dieser Legislaturperiode einmal grundsätzlich diskutieren können, wie wir inklusive Bildung in hoher Qualität mit effektiven Maßnahmen in die Fläche bringen können. Das ist leider nicht passiert. Offensichtlich waren andere Themen wichtiger. Auch über den Erlass zur Neuausrichtung wurde vorher nicht intensiv diskutiert. Er hörte sich erst einmal, was unsere Bilanz der Neuausrichtung betrifft, gut an. Sie können das in unserer schriftlichen Stellungnahme nachlesen. Wir haben nicht den Eindruck, dass er uns vorangebracht hat, sondern im Gegenteil, dass er uns zurückgeworfen hat.

Auch in diesem Zusammenhang merkt man, dass der Wille in den nordrhein-westfälischen Schulen, Inklusion tatsächlich aufzubauen und zu leben, deutlich ausbaufähig

ist. Am deutlichsten hat sich eigentlich mit dem Beginn der Corona-Krise gezeigt, was noch an Bewusstseinsbildung fehlt. Vom Zeitpunkt der Wiedereröffnung der Schulen an haben wir ganz große Probleme damit gehabt, dass Schulen Kinder, von denen sie der Meinung waren, sie könnten sich behinderungsbedingt nicht an die Regeln halten, zunächst vom Unterricht ausgeschlossen haben. Wir durften dann immer die Einzelfälle an das Ministerium melden. Grundsätzlich aber hat sich nichts geändert. Am meisten erstaunt war ich, dass das nicht nur in den allgemeinen Schulen so ist. Offensichtlich interessieren auch Schülerinnen und Schüler mit Behinderung, die sich in Förderschulen befinden, nicht in dem notwendigen Ausmaß.

Eine gute Woche vor Beginn des neuen Schuljahres bin ich überwiegend damit beschäftigt – diejenigen, die mich kennen, werden darin vielleicht eine kleine Ironie entdecken –, Förderschülerinnen und Förderschüler zu vertreten, die von ihren Förderschulen vom Unterricht ausgeschlossen worden sind. Wenn ich das dann im Einzelfall erreicht habe, haben wir als Nächstes das Problem, dass der Fahrdienst sie nicht fährt. Das gilt sowohl für den coronalen Fahrdienst als auch für den der freien Träger und den des LVR.

Wir sind – das gilt auch für die Eltern der Förderschulkinder – an einem Punkt, wo wir schon gemeinsam – das ist für uns nicht so sehr überraschend; denn wir empfinden da nicht solch eine Trennung, wie Sie sie immer empfinden – relativ resigniert haben. Und wir fragen uns, was die Bildung unserer Kinder letztlich wert ist.

**Frank Rock (CDU):** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Auch von unserer Seite herzlichen Dank, dass Sie den Weg nach Düsseldorf gefunden haben. Viele Gesichter sind uns aus der Diskussion um die wichtigen Themen der Bildung in unserem Land gut bekannt.

Die Überschrift des Antrags lautet: „Schulpolitische Halbzeitbilanz“. Ich wundere mich schon ein wenig, dass sich die ersten drei Redebeiträge nicht mit den eigentlichen Herausforderungen beschäftigt haben, sondern dass es in ihnen auch ein Stück weit um die Kurzfristigkeit der Corona-Krise ging. Das ist wahrscheinlich der Aktualität geschuldet. Ich denke, dass wir uns darüber vielleicht noch einmal gesondert unterhalten sollten.

Ich möchte gerne der Philologin Frau Mistler eine Frage stellen. Als eine die Regierung tragende Fraktion haben wir uns dazu entschlossen, die Blöcke erst einmal thematisch abfragen, damit wir eine klare Struktur bekommen. Wir möchten Frau Mistler Fragen zu G8/G9 stellen. Das ist eine der ersten – für unsere Koalition ist das sehr wichtig – schulpolitischen Aufgaben. Unter anderem war die Umstellung von G8 auf G9 auch ein Grund, warum ein schulpolitischer Wechsel in unserem Land vollzogen werden sollte. Viele von Ihnen haben noch im Kopf, wie die Umstellung von G9 auf G8 stattfand. Laut SPD scheint diese Re-Reform nur ein Reförmchen zu sein, die in der Bevölkerung kaum mehr wahrgenommen wird. Wie bewerten Sie denn die Umstellung durch die Landesregierung? Frau Mistler, dazu hätten wir von Ihnen gerne eine Auskunft.

**Sabine Mistler (Vorsitzende des Philologen-Verbandes Nordrhein-Westfalen):** Der Philologenverband würde die Reform nicht als Reförmchen bezeichnen. Für uns

ist es eine große und umfangreiche Reform gewesen, die aber noch anhält bzw. in den Schulen – im Aufsteigen der Jahrgänge, die in den G9-Prozess einsteigen – jetzt nach und nach wirksam wird. Wir hielten das ganze Unterfangen anfänglich für eine sehr sportliche Aufgabe; denn so etwas in zwei Jahren auf die Beine zu stellen, war für die neue Landesregierung sicherlich eine sehr große Aufgabe. Wir haben sie als eine Reform mit intensiven Abstimmungsprozessen empfunden.

Es gibt für uns durchaus erfreuliche Dinge, was wir in verschiedenen Stellungnahmen schon deutlich gemacht haben. Dabei geht es zum Beispiel darum, die Spezifika des gymnasialen Bildungsgangs hervorzuheben. Weiterhin geht es um die Betonung der Fachlichkeit, das wissenschaftlich orientierte Lernen und die bessere Verschränkung zwischen Inhalten und Kompetenzen. Das war uns als Philologenverband in dem Prozess ein sehr großes Anliegen. Es findet sich auch in den neuen Kernlehrplänen wieder. Auch hierzu kann ich nur betonen, dass wir uns da in einem ausgesprochen intensiven Abstimmungsprozess befanden, der auch sehr erfolgreich war. Wir haben ihn als Austausch verstanden. In vielen Bereichen konnten wir uns sehr gut einbringen.

Wir haben – das ist für uns ganz wichtig – die Möglichkeit, das Gymnasium weiterhin in einem Halbtagsbetriebe fortzusetzen. Das ergibt sich durch die Studentafel, die erstellt wurde. Ein wenig schmerzhaft war das Hochziehen der Fremdsprache in die 7. Klasse. Wir hätten sie lieber in der 6. Klasse behalten. Summa summarum aber möchte ich diesen Prozess als sehr erfolgreich bezeichnen, der an den Schulen recht positiv aufgenommen wurde.

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Liebe Expertinnen und Experten! Schön, dass Sie trotz der ein wenig ungewöhnlichen Situation heute zu uns in den Landtag gekommen sind. Wir alle freuen uns sehr, dass wir uns hier – zumindest durch Plexiglasscheiben – wieder ein bisschen in die Augen schauen und einen wichtigen Austausch fortsetzen können.

Auch ich möchte beim ersten großen Meilenstein – beim wichtigen Prozess der Umstellung auf G9 – bleiben; denn es ist wichtig, das in Erinnerung zu rufen. Wir sprechen hier über die Halbzeitbilanz. Das ist ein Projekt gewesen, welches wir gleich zu Beginn angegangen sind. Es hatte eine große Wirkung auf die Gymnasien in Nordrhein-Westfalen. Eine lange Diskussion ging da voraus. Frau Mistler machte dazu gerade Ausführungen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Herr Langner aus der Schulpraxis einmal ergänzen könnte und berichten würde, wie die Schulgemeinde das aufgenommen hat.

**Frank Langner (Schulleiter des Friedrich-Ebert-Gymnasiums, Bonn):** Vielen Dank für die Einladung. – Ich werde jetzt nicht das wiederholen, was gerade gesagt wurde, teile aber die grundsätzliche Einschätzung. Erst einmal ist es kein Reförmchen. Vielmehr handelte es sich um eine Mammutanstrengung, die an den Gymnasien gelungen ist.

Wir hatten an den Gymnasien – das muss man einfach einmal so feststellen – einen doppelten Unfrieden. Die Elternschaft war in hohem Maße unruhig, weil das, was als G8 implementiert wurde, aus ganz unterschiedlichen Gründen nicht funktionierte. Wir hatten an den Gymnasien den sehr verbreiteten Eindruck, dass die gymnasiale Bildung überhaupt nicht wertgeschätzt wird. Man fühlte sich als eine Schulform, die

Erosionsprozessen ausgesetzt ist. Von Unterstützung war kaum etwas zu spüren. Es gab einen großen Unmut. Wenn man jetzt – ohne auf die Details zu gucken – in die Gymnasien hineinschaut, sieht man, dass es einen hohen Frieden gibt. Auch die Eltern sind erst einmal in einem hohen Maße zufrieden. Die große Diskussion hat tatsächlich aufgehört. Zum anderen ist es so, dass auch die Kollegen sagen, dass sie eigentlich gut damit leben können.

Was ist letztendlich passiert? Wir haben neue Lehrpläne bekommen. Es gibt auch Innovationen, die aus meiner Sicht zweckmäßig sind. Dabei denke ich nur einmal an die neue Stundentafel mit Information. Das ist jetzt auch schon in den Jahrgangsstufen 5 und 6 implementiert. Ich finde, dass das – auch wenn wir uns gerade in der Implementierungsphase befinden – ein ganz wichtiger Akzent ist. Meine Schule hat an dem Modellprojekt teilgenommen, in dessen Rahmen erste Versuche gemacht wurden. Das ist ein schönes Beispiel dafür, wie die Landesregierung versucht, den Schulen nicht von oben herab fertige Lehrpläne überzustülpen. Vielmehr sagt sie: Wir machen das von unten, von der Basis her und schauen, wie sich das letztendlich entwickelt und was man da machen kann.

Ich komme zu einem anderen Punkt, der, glaube ich, auch gut ist. Zwar dachte ich am Anfang auch, dass die zeitlichen Dimensionen sehr kurz sind. Jetzt aber kann ich sagen: An meiner Schule sind wir soweit, dass alle schulinternen Lehrpläne vorliegen. Die Zeit hat tatsächlich ausgereicht. Es gibt qualifizierte Unterstützungsmaterialien von QUA-LiS. Ich bin positiv überrascht, dass die in der vorgesehenen Zeit fertiggestellt wurden. Darauf können die Gymnasien zurückgreifen.

Aus der Sicht der Schulpraktiker sind immer folgende Fragen wichtig: Wie hat eigentlich der Informationstransfer beispielsweise zu den Schulbuchverlagen stattgefunden? Gibt es ein breites Angebot, damit wir als Schulen auswählen können? Das hat auf der Ebene auch stattgefunden. Ich könnte jetzt noch viele weitere Punkte anführen, bei denen es gerade auch um den Wettbewerb bzw. um eine kommunale Schullandschaft geht, wo man auch darauf schauen muss, wie sich das Gymnasium im Hinblick auf andere Schulformen verortet. Was die Schulform des Gymnasiums angeht, ist festzustellen, dass es eine gelungene Reform insbesondere deshalb ist, weil es Öffnungsklauseln gibt. Die Gymnasien überlegen, leistungsstarken Schülern nach wie vor den Bildungsweg anbieten, nach 8 Jahren zum Abitur zu kommen. Die Möglichkeit dazu gibt es. Das ist, finde ich, grundsätzlich ein Vorgehen, was mir als Schulleiter gefällt. Der Schulfriede wird hergestellt, gleichzeitig aber gibt es hinreichend flexible Öffnungsklauseln, um vor Ort den ganz konkreten Bedingungen Rechnung zu tragen. Insofern halte ich das für etwas, was den Gymnasien guttut.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Auch ich möchte mich dem Dank an alle Expertinnen und Experten für die Stellungnahmen mit den unterschiedlichen Akzentuierungen, auf die ich gleich eingehen werde, anschließen.

Ich fange mit dem Punkt G8/G9 an. Es gab, was unterschiedliche Modelle angeht, vor der Landtagswahl durchaus einen Konsens, dass sich da etwas tun muss. Von daher gab es auch keinen großen Streit bei der Umsetzung, was die Gesetzgebung anbetraf. Ich finde es aber schon sehr bemerkenswert, dass die Gymnasialvertreter von sehr engen Abstimmungen reden – da läuft die Kommunikation –, während bei anderen



offensichtlich ein Hakeln wahrgenommen wird. Deswegen möchte ich Herrn Behlau und Frau Finnern fragen: Wie sehen Sie die Belange der Schulformen bzw. der Lehrkräfte, die Sie insgesamt vertreten, in Bezug auf die bisherigen schulpolitischen Handlungen und Maßnahmen der Landesregierung seit 2017 gewahrt?

**Stefan Behlau (Verband Bildung und Erziehung NRW):** Das erste große Reformmodell, das die Landesregierung vorlegte, betraf G8/G9. Dies war der Diskussion geschuldet, die wir alle schon vor der Landtagswahl geführt haben. In Bezug darauf muss ich konzedieren: Die Landesregierung bzw. das Ministerium hat es geschafft, diese Diskussion zumindest – so habe ich mich immer ausgedrückt – zu entemotionalisieren. Das ist einfach der Fall.

Aus unserer Sicht ist schade gewesen, dass diese Anstrengung, die sicherlich eine große Herausforderung war, anscheinend so viele Kräfte innerhalb des Hauses oder auch in der Politik gebündelt hat, dass die anderen Schulformen kaum noch in Erscheinung getreten sind. Ich verweise zum Beispiel auf den lange angekündigten Masterplan Grundschule. Wir wissen, dass er Anfang des Jahres fertig war. Da hat uns – insofern ist das okay – Corona einen Strich durch die Rechnung gemacht. Warum aber gab es hier keine Gleichzeitigkeit? Warum gab es hier nicht sofort Lernen von Anfang an? Denn der Grundstock wird unten gebildet, und Lernen bzw. Schule sollte nicht von den Abschlüssen her gedacht werden. Insofern wäre hier zumindest das gleichzeitige Denken wichtig und auch richtig gewesen.

Dasselbe gilt auch für die Inklusion. Die Neuausrichtung der Inklusion hat es schon relativ frühzeitig gegeben, allerdings auch wieder unter Ausblendung der Schulform Grundschule. Dabei bin ich noch gar nicht bei den Schulformen des noch nebenher bestehenden gegliederten Systems der Realschulen bzw. der Hauptschulen angekommen. Es gab eine Problematik, bei der es um die Realschulen mit dem Hauptschulbildungsgang ging, die ausgestattet werden sollen. Des Weiteren ging es um die Situation an den Hauptschulen insgesamt. Das ist darüber hinaus leider ein Stück weit aus dem Fokus geraten. Deswegen haben wir immer in starkem Maße dafür plädiert: Richten Sie bitte den Blick auf die gesamte schulische Landschaft. Nehmen Sie nicht immer nur exemplarisch die Schulform in den Blick, die zugegebenermaßen aller Wahrscheinlichkeit nach die größte Wählerschaft anspricht. Letzten Endes geht es aber um alle Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen. Es geht um das Bildungspotenzial aller jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Ich bezweifle, dass wir überhaupt von einer zweiten Halbzeit sprechen können, denn ich glaube, dass das Spiel leider schon in der ersten Halbzeit abgebrochen wurde. Wir können coronabedingt nicht mehr von einer zweiten Halbzeit sprechen. Insofern ist für uns ganz wichtig, dass die Gesamtheit aller Schulformen stärker in den Blick gerückt wird und dass wir uns endlich noch tatkräftiger den Problemen aller Schulen im Land widmen.

**Maïke Finnern (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen):** Zu G9 ist gerade eine ganze Menge gesagt worden. Dazu möchte ich aber noch etwas feststellen. Ich sage ganz klar und deutlich, dass die Umstellung von G8 auf G9 etwas war, was wir schon lange gefordert

haben. Die Umstellung ist ganz gut vonstatten gegangen. Wir finden – im Gegensatz zu der gerade gemachten Äußerung – die Fremdsprache im Jahrgang 7 gut. Auch finden wir die zentrale Prüfung im Jahrgang 10 gut. Dabei geht es um eine Gleichstellung mit anderen Schulformen. Auch deswegen ist das insgesamt relativ ruhig verlaufen. Es gab einen großen Konsens im Hinblick darauf, dass das umgestellt werden müsse. Das ist, glaube ich, auch gelungen.

Wenn wir über die Gymnasien reden, sprechen wir von etwa 50 % der Schülerinnen und Schüler. Es gibt aber auch noch die 50 % der anderen Schüler. Da gibt es schon viele Probleme, die letztlich nicht so engagiert und schnell angegangen wurden wie die Umstellung von G8 auf G9. Die anderen Schulformen – also die Grundschulen und die Schulen der Sekundarstufen I sowie auch das Berufskolleg – leiden schon lange sehr stark unter Lehrkräftemangel. Da hat man zwar Maßnahmenpakete geschnürt, die aber aus unserer Sicht in starkem Maße hinter dem zurück, was man hätte machen müssen. Die Stärkung in Bezug auf Studienplätze ist richtig, reicht aber bei weitem nicht aus.

Ich bedaure sehr, dass man nicht bereit ist, darüber nachzudenken, einen qualifizierten Seiteneinstieg zu generieren, der in irgendeiner Form wenigstens kurzfristig Lehrkräfte an alle anderen Schulformen bringen könnte. Zum Masterplan Grundschule hat Herr Behlau gerade schon einiges gesagt. Ich schließe mich seinem Urteil an. Er ist aus meiner Sicht enttäuschend, weil er viele Dinge nicht regelt. Wir haben lang gewartet, aber er regelt viele Dinge nicht, die eigentlich dringend hätten geregelt werden müssen.

Beim Thema Inklusion – das ist gerade schon gesagt worden – bleibt er aus meiner Sicht viel zu schwammig. Er bleibt auch hinter dem deutlich zurück, was wir dringend brauchen, nämlich Qualitätsstandards für die Inklusion auch in Grundschulen. Das Versprechen, das Frau Gebauer am 4. Oktober 2017 hier im Schulausschuss abgegeben hatte – dabei ging es darum, Konsequenzen im Rahmen der Lehrerausbildungsreform zu ziehen –, ist immer noch nicht eingelöst worden. Das ist nicht im Masterplan enthalten. Das gilt auch für die Lehrkräfte der anderen Schulformen bzw. der Sekundarstufe I. Es ist aus unserer Sicht ein Riesenmanko, dass in den drei Jahren nicht einmal in irgendeiner Form darüber gesprochen wurde, in welchen Stufen man das angehen kann. Vielmehr findet es schlicht und einfach nicht statt. Ich finde, das muss sich dringend ändern.

Die zweite große Baustelle betrifft den schulscharfen Sozialindex, gemäß dem man sich zunehmend auch um die Schulen kümmert, die nicht gut ausgestattet sind und besondere Hausforderungen zu managen haben. Dabei geht es um Schulen aller Schulformen. Überwiegend aber handelt es sich um andere Schulformen als das Gymnasium. Insofern müssen wir noch einmal genauer darauf gucken und uns fragen: Wie kriegen wir es hin, dass die Schulen, die besonders mit Lehrkräftemangel und besonderen Herausforderungen zu tun haben, anders ausgestattet werden? Auch das ist nicht angegangen worden, obwohl es versprochen wurde. Das ist schwierig. Vorhin ist gesagt worden, in Gymnasien sei die Stimmung gut. In anderen Schulformen ist sie eher nicht so gut.

**Helmut Seifen (AfD):** Zu G9 darf ich vielleicht daran erinnern, dass die AfD die einzige Partei war, die sich 2017 deutlich und ganz klar zu G9 bekannt hat. Bei den anderen Parteien war das noch in der Schwebe. Frau Finnen, ich freue mich, dass die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in diesem Fall an der Seite der AfD marschiert ist. Es ist schön, dass in demokratischen Situationen auch solche Themengemeinsamkeiten zu finden sind.

Es gibt noch einen zweiten großen Bereich, der hier schon angesprochen wurde. Dabei handelt es sich um die Inklusion mit zieldifferentem Lernen. Die andere Inklusion ist ja mehr als selbstverständlich; darüber muss man wirklich nicht mehr reden. Es gibt aber eine zieldifferente Inklusion, die davon ausgeht, dass das gemeinsame Lernen zum Nutzen aller ist. Sie ist 2013 durch die rot-grüne Regierung über uns hereingebrochen. Ich möchte jetzt Herrn Wirths, Herrn Langner und Frau Mistler dazu eine Frage stellen: Wie bewerten Sie die Maßnahmen, welche die jetzige Landesregierung vor dem Hintergrund des Eindrucks getroffen hat, den Sie in den Jahren zwischen 2013 und 2017 mit dem überfallartigen Hereinbrechen dieser Form von Inklusion über die Schulen hatten?

**Jochen-Peter Wirths (Landesverband Nordrhein-Westfalen der Eltern und Förderer sprachbehinderter Kinder und Jugendlicher e. V.):** Es geht um die Bewertung der Neuausrichtung der Inklusion oder der ersten Schritte. Nach meiner Auffassung war die Inklusionspolitik, die ab 2013 von der rot-grünen Landesregierung durchgeführt worden ist, desaströs. Es war von vornherein klar, dass nicht genügend Ressourcen für eine flächendeckende Inklusion vorhanden waren. Auch damals ist an diesem Ort von ganz vielen Verbänden gesagt worden, dass das nicht funktionieren werde, sondern dass man lieber mit einer geringeren Anzahl von Inklusionsschulen beginnen solle, die aber mit Ressourcen optimal ausgestattet sind, um das dann beim Vorhandensein von mehr Ressourcen auszudehnen. Die jetzige Landesregierung hat aus meiner Sicht ein System an flächendeckender Inklusion übernommen, das viel zu wenig Ressourcen hatte und deshalb in der inklusiven Regelschule auch nicht funktionierte.

Hinzu kam, dass die Förderschulen gleichzeitig massiv unter Druck geraten sind. Man hat auch da Ressourcen gekappt und Förderschulen geschlossen. Oder aber es gab in Bezug auf die Förderschulen die Drohung der Schließung, so dass die ersten Schritte der neuen Regierung im Rahmen des Förderschulensystem eine absolute Erleichterung darstellten. Dabei ging es um die Garantie für Förderschulen und auch das separate Budget. Das ganze System – als einziger funktionierender Förderort für Kinder mit Förderbedarf – wäre ansonsten zugrunde gerichtet worden.

**Frank Langner (Schulleiter des Friedrich-Ebert-Gymnasiums, Bonn):** Ich werde nicht das wiederholen, was gerade schon gesagt wurde, sondern erzähle es aus meiner Perspektive; denn an meinem Gymnasium waren wir selber auch Ort des gemeinsamen Lernens. Sie erleben in mir – das will ich vorweg sagen – eigentlich einen Befürworter der Inklusion. Ich erkläre gleich, warum ich „eigentlich“ gesagt habe. Denn der Zustand, den wir früher immer einmal hatte, dass man nämlich Kinder mit einer Beeinträchtigung im Alltag nicht sah, konnte nicht richtig sein. Insofern musste man

darüber nachdenken, wie man Schulen insgesamt öffnet. Ich würde auch nicht grundsätzlich Schulformen ausnehmen.

Das kann aber nicht dazu führen, dass wir hinterher – so ist die Schulpolitik gewesen – aus heiterem Himmel Schulen ohne eine entsprechende finanzielle und personelle Unterfütterung – in dem Zusammenhang rede ich auch von Expertise – benennen. Es gibt immer so schöne Konzepte, in deren Rahmen multiprofessionelle Teams usw. genannt werden, die aber in Schulen teilweise nicht ankommen. Vielmehr wird dann der Kuchen im Grunde auf eine größere Fläche verteilt. Das hat dazu geführt, dass das – obwohl ich als Schulleiter in hohem Maße dafür geworben habe, Inklusion ernst zu nehmen und zu verankern und nicht nur, wie es der eine oder andere Gymnasiallehrer wahrgenommen hat, als Belastung zu sehen – in Kollegien kaum Akzeptanz gefunden hat. Das ist eine ganz schwierige Sache.

Viel ausschlaggebender war aber, dass man gar nicht darauf geguckt hat, welche Schulen sich eignen. Meine Schule ist in sehr starkem Maße spezialisiert. Sie hat ein ganz scharfes Sprachprofil. Das hat dazu geführt, dass Eltern, als sie die Möglichkeit hatten, ihre Kinder bei uns anzumelden, davon keinen Gebrauch gemacht haben. Wir sind mittlerweile nicht mehr Ort des gemeinsamen Lernens, weil wir innerhalb von drei Jahren genau zwei Anmeldungen hatten. Das ist nicht ungewöhnlich. Ich habe auch in diesem Jahr wieder ein Kind mit Förderbedarf aufgenommen, weil es überhaupt kein Problem ist, auch Einzelintegration zu betreiben. Ich weiß nicht, ob „überfallartig“ der richtige Begriff ist. Diesen Begriff würde ich so nicht wählen, denn ich glaube, dass man keine Unterstellungen vornehmen sollte. Ich denke, dass es damals eine gute Absicht gab. Es war aber einfach unstrukturiert und hat Schulen systematisch überfordert. Den Eltern wurden kaum Angebote gemacht. Insofern wurde auch nicht – wie wir es eben gehört haben – die Frage geklärt: Wie verhält sich das Regelschulsystem zum Förderschulsystem? Es handelte sich um eine ganz desolate Situation. Das hat letztendlich maßgeblich dazu beigetragen, dass die alte Landesregierung abgewählt wurde. Schulpolitik – gerade auch Inklusion – war ein ganz heißes Thema.

2018 kam ein Erlass bezüglich einer Neuausrichtung der Inklusion heraus. Das war unumgänglich. Auf der Fahrt hierher habe ich mir noch einmal die Qualitätskriterien angesehen, die da definiert und als Maßstab angelegt werden. Ich halte die für klug und gut. Das sind sachlich angemessene Qualitätskriterien, nach denen man auch Bewertungen vornehmen kann. Wir alle haben den Antrag der SPD gesehen. In meiner Stellungnahme habe ich mich dazu geäußert. Ich finde den Teil, der zur Inklusion darin steht, in hohem Maße ideologisch. Das wird der Situation nicht gerecht. Als Befürworter der Inklusion kann ich nur sagen: Es liest sich schwer, und es tut auch weh. Denn ich habe mich vor Ort selber oft darum gekümmert, dass es geht. Die Kinder, die bei uns waren – auch wenn es sich nur um zwei handelte –, wurden ausgesprochen ordentlich beschult. Das relativiert nicht die Fälle, die Sie gerade angesprochen haben.

Ich möchte aber feststellen: Viele Schulleitungen bzw. Lehrer grenzen Kinder mit Behinderung nicht aus. Wir alle wissen: Behindert ist man nicht, sondern behindert wird man. Im Schulsystem tun die meisten nach Kräften das Mögliche, um solcher Behinderungen abzubauen. Wir brauchen aber, wenn wir das umsetzen wollen, auch Ressourcen. Die waren bei der letzten Landesregierung – das muss man einfach so festhalten – nicht gegeben.

**Sabine Mistler (Vorsitzende des Philologen-Verbandes Nordrhein-Westfalen):**

Ich kann mich den Äußerungen meiner Vorredner anschließen. Für uns war es sehr schwierig zu beobachten, wie schnell die Schließungen unter der alten Landesregierung vollzogen wurden. Das hat – auch jetzt noch – die Auswirkung, dass die Eltern zum Teil keinen freien Elternwillen bei der Wahl einer Regelschule oder einer entsprechenden Förderschule mehr haben, wenn sie der Auffassung sind, dass es für ihre Kinder besser ist, zunächst einmal an einer Förderschule beschult zu werden. Das war sicherlich eine Überforderung vieler Schulen bei uns im Land.

Wir sind – das können Sie auch unserer Stellungnahme entnehmen – sehr froh darüber, dass es die Mindestgrößenverordnung ermöglicht, dass die Förderschulen, die jetzt noch bestehen, auch weiterhin bestehen können. So können wir in einigen Regionen das Problem zum Teil noch regeln.

In der Stellungnahme haben wir unsere Haltung dazu formuliert. Deswegen muss ich das jetzt, glaube ich, nicht eindringlich wiederholen. Es ist also bekannt. Ich möchte aber – das betone ich noch einmal ausdrücklich – sagen, dass wir uns als Gymnasium gegen den Vorwurf verwehren, keine Inklusion vorzunehmen. Das haben die Gymnasien immer schon gemacht. Wir haben an unserer Schule immer schon mit sehr großem Einsatz zielgleiche Inklusion durchgeführt. Es gibt für uns aber durchaus sehr gute Gründe, die wir in der Stellungnahme kurz skizziert haben. Danach kann an den Gymnasien eine zielgleiche Beschulung zum Wohle aller Kinder nicht als optimal angesehen werden.

Wir denken, dass die Reform, die jetzt unter den schwierigen Bedingungen, welche die neue Koalition vorgefunden hat, beschlossen worden ist, durchaus gut auf den Weg gebracht wurde. Deswegen unterstütze ich die Aussagen meiner Vorgänger.

**Frank Rock (CDU):** Ich bleibe bei dem spannenden Thema „Inklusion“ und beziehe mich auf den Hinweis meiner Kollegin, dass die Inklusion im Bereich der Grundschule faktisch noch nicht so im Masterplan zu sehen ist. Diese Meinung teile ich. Ich glaube, die Landesregierung hatte zumindest andere gute Ideen. Frau Finnern und Herrn Behlau, ich bitte Sie, Stellung dazu zu nehmen, wie Sie den Einsatz der sozialpädagogischen Fachkräfte beurteilen, deren Zahl sehr deutlich erhöht wurde. Denn der Lehrermarkt ist aufgrund des Lehrermangels geschlossen. Die Landesregierung hat daher einen anderen Weg beschritten. Auch das ist ein Teil der Inklusion. Es geht um die Schuleingangsphase. Wir wissen aber alle, dass gerade in dieser Phase aufgrund der Heterogenität – sie ist da noch größer als im Regelunterricht – ein weiterer Einsatz von Personal zu Verbesserungen führt.

**Maik Finnern (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen):** Herr Seifen, ich darf kurz richtigstellen: Ich glaube, „Seite an Seite“ trifft es nicht, wenn wir einmal inhaltlich irgendwelche Meinungen vertreten. – Ich komme zur Frage von Herrn Rock. Die sozialpädagogischen Fachkräfte sind in den Grundschulen angekommen. Die Landesregierung hat ihre Zahl deutlich erhöht. Das ist auch richtig so. Wir haben das auch immer für gut befunden. Dort einen Zusammenhang zur Inklusion herzustellen, finde ich ein wenig schwierig.

Aus den Schulen wird Folgendes zurückgemeldet: Die sozialpädagogischen Fachkräfte sind super und stellen eine große Verstärkung für die Schulen dar. Auch kommen sie gut an; aber sie können nicht allein die Inklusion „wuppen“. Insofern ist es zwar richtig, dass so viele Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte geschaffen worden sind. Wir brauchen aber noch mehr von diesen Fachkräften. Das Ziel, dass zumindest jede zweizügige Grundschule – der Masterplan ist als Ziel angekündigt worden – über eine sozialpädagogische Fachkraft verfügen soll, ist richtig. Letztlich aber kann das nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir für die Umsetzung der Inklusion in den Grundschulen sonderpädagogische Expertise brauchen. Im Masterplan sind 400 Stellen angekündigt worden. Wir haben 2.800 Grundschulen. Deshalb ist das viel zu wenig. Jede Grundschule müsste – wenigstens perspektivisch – über sonderpädagogische Expertise verfügen. Das sollte in den Grundschulen vorgehalten werden. Da müssen wir hinkommen. Die Grundschulen sagen, es reicht nicht für die Inklusion, sozialpädagogische Fachkräfte für die Schuleingangsphase zu haben. Die sind zwar wichtig und gut, können aber die Inklusion nicht stemmen.

**Stefan Behlau (Verband Bildung und Erziehung NRW):** Ich muss, glaube ich, nicht alles wiederholen, was Frau Finnern gerade gesagt hat. Selbstverständlich ist es richtig, wichtig und auch gut gewesen, dass hier die Stellen ausgeweitet worden sind. Das ist überhaupt gar keine Frage. Wir haben das lange gefordert. Man muss aber auch sehen, dass die Stellen ausgeweitet wurden, weil Lehrkräftestellen nicht besetzt werden konnten. Deshalb handelt es sich ein Stück weit um etwas Gutes, das aus einer Notwehrsituation heraus geschehen ist. Diese Lehrkräftestellen sind in den Schulen unwahrscheinlich wichtig.

2017 war Inklusion noch gar nicht so sehr das Thema. Da haben wir noch stark über die Integration gesprochen. Zu dieser Zeit wurde sie als Allzweckmittel für die Integration verwendet. Im Anschluss daran – als die Neuausrichtung der Inklusion kam – wurden sie den Grundschulen als Allzweckmittel für die Inklusion verkauft. Deshalb frage ich mich schon, was von den sozialpädagogischen Fachkräften – das sind Kolleginnen und Kollegen, die in den Schulen eine hervorragende Arbeit leisten – noch alles geleistet werden soll. Sie haben keine sonderpädagogische Expertise. Auch sind sie keine Lehrkräfte.

Es bleibt festzustellen, dass der Stellenausbau vorangetrieben wird. Wir hoffen, dass er in jedem Fall weiter vorangetrieben wird. Die sozialpädagogischen Fachkräfte ersetzen aber keine Lehrkräfte und nicht alle Mittel, die wir für Integration und auch für Inklusion brauchen.

**Jochen Ott (SPD):** Folgendes ist, wenn ich das einmal sagen darf, sehr bemerkenswert: Scheinbar ist es in Nordrhein-Westfalen geübte Praxis – das wird jetzt fortgesetzt –, eher Gräben aufzureißen, als sich auf die Dinge zu konzentrieren, die man zusammen hinbekommen kann. Es handelt sich um eine bemerkenswerte Rückschau. Wir haben es drei Jahre lang erlebt, dass immer über die letzten sieben Regierungsjahre geredet wurde. Der Antrag bezieht sich aber darauf, dass es jetzt eine Regierung gibt, die bestimmte Dinge machen muss. Deshalb ist es schon bemerkenswert, dass man immer wieder darauf hinweisen muss, was vorher war. Ich habe 2017 angefangen und nehme

für mich in Anspruch, nach vorne zu gucken. Ich würde mir wünschen, dass das allgemein geschieht.

In den letzten drei Jahren habe ich in den Anhörungen immer wieder erlebt, dass alle Experten – insbesondere die Vertreter der Hochschulen – darauf hingewiesen haben, dass sie es für richtig halten, das Schiff nach vorne auszurichten und die Probleme aufzugreifen. El-Mafaalani hat das in seinem Buch so ausgedrückt: Lasst bestimmte Konflikte einmal rechts und links liegen, befasst euch mit dem Naheliegenden und geht das jetzt einmal an.

Ich will mich noch einmal auf das Naheliegende fokussieren und deshalb Fragen an Herrn Behlau, Sophie Halley und Eva Maria Thoms stellen. In der Stellungnahme des Philologen-Verbandes steht auf Seite 4 ein Zitat:

Die Diskussion um Sozialindizes als Instrument der Schulpolitik verwechselt allerdings bildungs- und sozialpolitische Aufgaben. Bildung kann grundsätzlich nicht Defizite kompensieren, die durch Unterlassen oder Fehlverhalten in anderen Bereich des sozialen Lebens entstanden sind.

Der Philologen-Verband zitiert Dr. Axel Bernhard Kunze, der das im Verbandsmagazin geschrieben hat. Ich frage also: Sind auch Sie der Auffassung, dass wir im Grunde genommen das Bildungs- und Sozialsystem hier auseinanderhalten müssen, dass es nichts miteinander zu tun hat? Oder glauben Sie, dass mit dem Instrument eines flächendeckenden Sozialindex bestimmte Herausforderungen gerade auch durch die Verstärkung in den letzten Monaten behoben werden können? Und wie müssen die dann aussehen?

**Stefan Behlau (Verband Bildung und Erziehung NRW):** Ich glaube, die gute Ausstattung des Bildungssystems ist fundamental, wenn wir zukünftige Transferleistungen vermeiden wollen. Deshalb kann man, glaube ich, Bildung und Soziales nicht getrennt voneinander behandeln. Insofern meine ich, dass gerade das Bildungssystem mehr als auskömmlich finanziert werden muss. Wir haben hier seit Jahren – auch in Zeiten der rot-grünen Regierung – ein riesiges Defizit gehabt, das wir immer noch vor uns her schieben. Hier muss es endlich zu einem Paradigmenwechsel kommen. Es muss endlich erkannt werden, wie wichtig die Bildung – aber auch die Schule als System – für unsere gesamte Gesellschaft ist.

Ich glaube, dass uns die Krise – vor allem die Zeit der Schließungen – das überdeutlich vor Augen geführt hat. Schule ist eben nicht nur der Unterricht. Für den Unterricht könnten wir wahrscheinlich sehr viele alternative Modelle finden, wie wir auch in Zeiten von Corona unterrichten können. Schule ist aber viel mehr als ein normales Unterrichten. Sie ist eben auch der soziale Interaktionsort, an dem sich Jugendliche und Kinder aus allen Stadtvierteln treffen und sich – das gehört auch zum Lernen – auseinandersetzen. Schule ist – das haben viele Eltern sehr schmerzlich erfahren – ebenfalls ein Betreuungsort. Deswegen merken wir jetzt – das Wort vom Brennglases bzw. von der Lupe ist schon sehr häufig genannt worden –, wie stark die Defizite auch schon in der Vergangenheit waren und wie sehr unterfinanziert unser System eigentlich ist. Wir haben schon seit Jahren gesagt: Wir brauchen nach wie vor mehr Personal sowie endlich moderne Schulgebäude. Des Weiteren benötigen wir endlich auch eine vernünftige

Ausstattung an den Schulen. Das geht nicht von jetzt auf gleich. Wir sind, glaube ich, keine Phantasten. Es muss aber jetzt angegangen werden.

Um über die Gräben zu sprechen: Ich bin der festen Überzeugung, dass das nur gemeinsam angegangen werden kann. Denn wir erleben momentan auch, dass unsere Gesellschaft auseinanderdriftet. Sprechen Sie mit unseren Kolleginnen und Kollegen in den Schulen vor Ort sowie mit den Schulleitungen. Diese haben momentan die gesellschaftliche Diskussion über die Hygienevorschriften auszuhalten. Ich will darüber gar nicht diskutieren. Dort aber findet die Diskussion statt. Sie tut unwahrscheinlich weh. Es wäre, glaube ich, unbedingt notwendig, dass dort zukünftig Abhilfe geschaffen wird, damit wir gemeinsam in die Zukunft schauen können und nicht immer nur über einen Zeitraum von fünf Jahren nachdenken.

**Sophie Halley (Landesschüler\*innenvertretung NRW, Düsseldorf):** Vielen Dank, dass auch wir hier sprechen dürfen. – Ich kann Herrn Behlau eigentlich in so ziemlich jedem Punkt nur zustimmen. Bildung ist eigentlich überhaupt nicht vom Sozialsystem zu trennen. Denn wir gehen sozusagen aus der Schule – die klassischerweise die Bildung darstellt – heraus und befinden uns sofort im Sozialsystem. Indem wir mit unseren Mitschüler\*innen und den Lehrkräften agieren, sind wir auch im Klassenraum im Sozialsystem. Dementsprechend ist es wichtig, das nicht getrennt, sondern als Verbund bzw. gemeinsames Arbeiten zu sehen.

Corona hat – Herr Behlau hat es schon ausgeführt – auch gezeigt, dass vieles deshalb nicht funktioniert, weil zu wenig Mittel – ob finanziell oder personell – vorhanden sind. Das ist ein Problem, das in den Schulen durch Unterrichtsausfall und das Nichtvorhandensein von fließendem Wasser – das stellt in Corona-Zeiten eine noch etwas größere Herausforderung als sonst dar – bemerkt wird. Von daher ist das auf gar keinen Fall getrennt zu sehen. Man muss weiterhin Geld – und zwar viel mehr Geld als bisher – in die Bildung stecken, damit sie irgendwie vorankommt bzw. aus dem Loch herauskommt, in dem sie aktuell steckt und liegengelassen wird. Das Thema wird nur ab und zu mal gestreift, indem gesagt wird, dass man sich darum kümmert.

Die FDP hat im Wahlkampf das Versprechen abgegeben, die weltbeste Bildung zu bekommen. An den Schulgebäuden soll erkennbar sein, wie sehr wir Schüler\*innen wertgeschätzt werden. Wenn ich mir meine Schule angucke, denke ich: Meine Güte, Sie kacken echt auf uns. Entschuldigung für die Ausdruckweise. Teilweise aber sind die Schulgebäude so ranzig, dass sich die dort Tätigen – Lehrkräfte müssen da arbeiten – sagen: Ich suche mir so schnell es geht einen anderen Job, weil es einfach nicht geht, mit einer solchen Ausstattung umgehen zu müssen. Beispielsweise ist keine Kreide vorhanden. Dann kann man noch nicht einmal etwas an die Tafel schreiben, was an sich schon ein etwas überholtes System ist. Wir sind inzwischen in einer Generation angekommen, wo White Boards Standard sein sollten. Damit wäre es weniger ein Problem, beispielsweise mit Corona klarzukommen. Denn White Boards sind mit dem Internet kompatibel. Dementsprechend kann man auf diesem Wege Menschen, die sich zum Beispiel aktuell zu Hause befinden, Materialien zur Verfügung stellen. Deshalb bitte ich die Regierung, sich noch einmal das Wahlprogramm anzugucken. Darin stehen markante Sätze, die sich echt schön lesen lassen, aber einfach noch nicht der Wahrheit entsprechen. Sie werden auch in zwei oder drei Jahren noch nicht



der Wahrheit entsprechen. Ich sehe noch nicht so richtig, dass in der Richtung etwas getan bzw. verändert wird, zu dem man sagen kann: Okay, wenn es so weitergeht, dann haben wir etwas erreicht.

**Eva Maria Thoms (Vorsitzende mittendrin e. V.):** Ich bin ein bisschen überrascht, wie man aus Sicht der Gymnasien zum Eindruck kommen kann, dass wir Bildung und Soziales mehr auseinanderhalten sollten. Ich habe irgendwie eher den Eindruck, dass man gerade an den Gymnasien sehen kann, dass wir Bildung und Soziales gar nicht auseinanderhalten können. Schauen Sie einmal, wie hoch dort der Anteil von Jugendlichen aus bestimmten Herkunftsländern bzw. aus Familien ist, deren vorherige Generation aus diesen Ländern gekommen ist. Die sind doch deutlich unterrepräsentiert. Von daher sehen wir ganz eindeutig, dass Bildungssystem und Soziales zusammenhängen und sich gegenseitig beeinflussen.

Für mich ist in dem Zusammenhang ein Punkt besonders wichtig. Schulen, die sich in schwierigen Stadtvierteln bzw. in Stadtvierteln mit besonders vielen Belastungen befinden, haben im Moment wenig Möglichkeiten, sich personell zu verstärken, oder wenig Begründungen, einen höheren Bedarf anzumelden. Ich denke, dass das mit dazu beiträgt, dass heute die Tendenz in den Schulen – vor allen Dingen auch in den Grundschulen – immer stärker wird, jegliches Problem durch das Nadelöhr der sonderpädagogischen Förderung zu ziehen.

Ich möchte Folgendes hier noch einmal aufzählen, obwohl es schon in meiner schriftlichen Stellungnahme steht. Wir sind in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 insgesamt mit 117.000 Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf – sowohl in allgemeinen Schulen als auch in Förderschulen – gestartet. Heute sind wir bei über 148.000. Das sind mehr als 30.000 mehr innerhalb von zehn Jahren. Ich frage mich: Warum kümmert man sich nicht um dieses Problem? Wie kann man das als Schulpolitiker einfach so laufenlassen? Dafür fehlt mir jegliche Erklärung. Ich denke, der schulscharfe Sozialindex könnte einen kleinen Beitrag dazu leisten. Er wird aber mit Sicherheit das Problem nicht lösen.

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Den Vorwurf, wir würden hier einfach etwas laufenlassen, möchte ich nicht auf uns sitzenlassen. Das möchte ich entschieden zurückweisen, weil es mir ans Herz geht. Ich finde, dass das ein sehr unangemessener Vorwurf ist.

Ich bleibe beim Thema „Inklusion und Förderschulen“. Vielleicht tut es auch ganz gut, dazu noch einmal eine andere Sichtweise darzulegen. Ich möchte gerne Frau Ahrnke und Herrn Stieber in diese Runde mit hineinholen. Vielleicht werden Sie die Gelegenheit nutzen, sich kurz vorzustellen, weil von Ihnen keine schriftliche Stellungnahme vorliegt.

Ich möchte das aber gleich noch mit einer Frage verbinden. Wie sehen Sie die veränderte Weichenstellung für die Förderung von Kindern und Jugendlichen an Förderschulen sowie die Inklusion im Rahmen eines gemeinsamen Lernens insbesondere seit der Regierungsübernahme im Jahr 2017? Über dem Antrag – auch wenn die SPD das nicht so gerne hören möchte – steht „Halbzeitbilanz“. Genau darum dreht sich heute diese Anhörung.

**Birgit Ahrnke (Leopoldshöhe):** Ich danke Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme. Mein Name ist Birgit Ahrnke. Ich bin hier, weil ich bis vor ein paar Wochen über einen Zeitraum von sechs Jahren hinweg stellvertretende Schulleiterin an einer Förderschule Sprache gewesen bin. Zurzeit unterrichte ich an einer Gesamtschule im inklusiven System im Rahmen des gemeinsamen Lernens. Sie sehen schon, dass ich keine Präferenz habe, welches System ich persönlich mehr stärken oder unterstützen möchte. Vielmehr finde ich, dass die Frage wie folgt lautet: Wo werden unsere Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf bestmöglich gefördert?

Zu Ihrer Frage: Aus meiner Sicht war es so, dass durch die UN-Behindertenrechtskonvention ganz klar gesagt worden ist, dass eine Separation so nicht mehr stattfinden darf. Das halte ich grundsätzlich auch für richtig. Es geht aber nicht darum, dass sich das Kind in einem inklusiven Setting befindet, womit dann der Fall erledigt ist. Vielmehr muss meines Erachtens auch eine hohe sonderpädagogisch qualifizierte Möglichkeit der Förderung gegeben sein.

Ich spreche jetzt für die Förderschule Sprache, weiß aber, dass das auch andere Förderschulen betrifft. Wir waren alle sehr froh, dass die Förderschulen nicht so zerschlagen worden sind, wie es hätte passieren können. Denn die Expertise – das ist eben schon gesagt worden – ist da verankert. Es war im Prinzip keine längerfristige Planung mehr möglich. Zum Teil verlassen jedes Jahr ein Drittel unserer Schüler die Förderschule Sprache, weil die Rückschulungsquote – so muss ich es ausdrücken – einfach sehr hoch ist. 60 % bis 70 % der Kinder, die den Förderbedarf Sprache haben, können ohne Förderbedarf wieder in das System zurückkehren. Das ist aus meiner Sicht erst einmal ein sehr gutes Ergebnis.

Von daher war der Erhalt der Förderschulen aus meiner Sicht richtig. Richtig war es aus meiner Sicht auch, das Wahlrecht der Eltern zu stärken. Im Augenblick – ich spreche jetzt nur vom Augenblick – brauchen wir zwei stabile Systeme. Einerseits sollen die Förderschulen gut arbeiten bzw. die Kinder gut fördern. Andererseits ist aber auch ein sehr gutes inklusives Setting erforderlich. Aus meiner Sicht ergibt sich von daher die Frage: Wie kann beides zusammengehen? Ich habe eben gehört, dass auch die Arbeit der Förderschulen manchmal zu kritisieren ist. Das sehe ich ebenfalls so. Deshalb müssen die Förderschulen meiner Ansicht nach – was alle Entscheidungen bzw. Gesetze angeht – mehr bedacht werden. Sie müssen noch mehr in den inklusiven Prozess einbezogen werden. Auch hier muss es eine Professionalisierung geben. Ich denke zum Beispiel an den Index für Inklusion. Viele Schulen würden, glaube ich, davon profitieren, wenn sie sich damit auseinandersetzen müssten.

Dann ergibt sich aus meiner Sicht die Frage: Wie kriegt man diese beiden Systeme gut zusammen? In diesem Zusammenhang möchte ich aufgreifen, was Herr Behlau eben schon gesagt hat. Aus meiner Sicht geht es mittel- und langfristig nur mit einer guten Vision. Außerdem müssen – auch parteiübergreifend – alle zusammenarbeiten. Auch die Gesellschaft sollte an diesem Diskurs mit beteiligt werden.

**Grischa Stieber (Bielefeld):** Vielen Dank für die Einladung. Da auch ich hier als Privatperson gelistet bin, stelle ich mich kurz vor. Auch ich bin Lehrer an der Förderschule

Sprache und zeitgleich Doktorand der Inklusionspädagogik an der Universität Bielefeld.

Es ist allgemein bekannt, dass es, was die inklusive Beschulung angeht, große Qualitätsunterschiede zwischen den Schulen gibt. Auch wir in NRW haben viele reformorientierte Schulen, die – wie die Bielefelder Laborschule oder die Primus-Schulen – Leuchttürme der Inklusion sind. Auf der anderen Seite haben wir auch viele Schulen, die große Schwierigkeiten hatten und auch noch haben, inklusive Strukturen aufzubauen. Gerade für diese Schulen waren bisher die Maßnahmen der jetzigen Regierung hilfreich. Durch die Formulierung von Qualitätsstandards und das Einfordern von Inklusionskonzepten wurden wichtige Impulse gesetzt, um die Qualität der inklusiven Beschulung zu verbessern. Auch wenn das ein noch nicht abgeschlossener Prozess ist, höre ich aus der Praxis, dass mehr darüber diskutiert wird, was denn gute Inklusion ist und was unverzichtbare Kriterien sind, die eine Schule erfüllen muss. Das geht nicht nur von oben her, sondern auch mit Beteiligung der Lehrkräfte. Dabei geht es nicht nur um eine rasche Erhöhung der Inklusionsquoten, sondern um die Verbesserung der Qualität mit Zeit, Maß und Sachverstand. Die gegebenen Anstöße waren wichtig. Auch die neue Berechnungsformel  $25-3-1,5$  führt, wenn sie umgesetzt wird, im Sekundarbereich zu einer Verbesserung der sonderpädagogischen Versorgung. Durch die neue Formel entstehen mehr Doppelbesetzungsmöglichkeiten. Man kann dann leichter tragfähige Kooperationsstrukturen in der Schule aufbauen. Letztlich ist mehr Teamteaching möglich. Das ist eine Chance für die inklusive Schulentwicklung.

Natürlich muss man jetzt ein Auge darauf haben, dass es eine Verbindlichkeit gibt. Diese Berechnungsformel darf eben nicht nur auf dem Papier bestehen. Das heißt, dass sich verbindlich 25 Schüler\*innen in einer Klasse befinden, wobei es drei Fälle mit Förderbedarf gibt. Wenn das in der Praxis unterlaufen wird, weil etwa Schulträger und Schulaufsichtsbehörden das nicht umsetzen, hätten wir keine bessere Versorgung. Ich denke, dass dies zu wissen auch für die Politik wichtig ist, die darauf gucken sollte, dass hier Mechanismen Einzug halten, die – vielleicht auch auf dem Weg der Rechtsverbindlichkeit – eine Verbindlichkeit herstellen.

Ein anderer wichtiger Punkt, auf den man ein Auge richten muss, betrifft die 5. Klasse, die zu einer Zeitschwelle für die sonderpädagogische Versorgung wird. Nach meiner Ansicht müssten ganz klar nachträgliche Ressourcenanpassungen möglich sein; denn es gibt Förderbedarfe – wie gerade Sprache –, die häufig nach wenigen Jahren aufgehoben werden. Andere Förderbedarfe – wie zum Beispiel emotionale soziale Entwicklung – entstehen häufig erst nach dem Eintritt in die weiterführenden Schulen. Das ist ein Systemwandel. Dann gibt es nicht mehr das Klassenlehrerprinzip bzw. den Klassenlehrer als Bindungsperson, sondern das Fachlehrerprinzip. Und es gibt viele Kurse. Dadurch entstehen häufig erst externale Verhaltensmuster. Gerade der Förderbereich ESE wird, was den Förderbedarf angeht, als einer der herausforderndsten angesehen. Ich denke, man müsste – wenn die 5. Klasse zur Zeitschwelle wird – darauf schauen, dass es nicht an manchen Schulen eine sonderpädagogische Unterversorgung gibt, während an anderen Orten eine Überversorgung entsteht, weil Förderbedarfe aufgehoben werden. Darauf muss man – unter Berücksichtigung der Frage, wie sich die Sonderpädagogen im Primarbereich verhalten – schauen. Denn wir haben – das gab es auch schon unter Rot-Grün – steigende allgemeine Förderquoten. Das wurde übrigens auch durch die Studie von Knauf/Knauf bestätigt. Man müsste darauf schauen,

ob die Sonderpädagogen erhöhte Förderbedarfe ausstellen, um die sonderpädagogischen Ressourcen im Sekundarbereich sicherzustellen. Das kann hilfreich sein, in manchen Fällen – gerade im Förderbereich Lernen – aber auch problematisch, weil es dort schwierig ist, früh Diagnosen zu erstellen. Auch Bildungsbiografien können ein Risiko darstellen, weil sie schon zieldifferent laufen. Auf diese Punkte müsste man in noch stärkerem Maße ein Auge werfen.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Ich möchte an die Ausführungen von Herrn Stieber mit der Bemerkung anschließen, dass es einmal einen Bericht des Landesrechnungshofes über die unterschiedlichen AO-SF-Quoten in Nordrhein-Westfalen gegeben hat und dass es nicht ergründbar ist, warum in Höxter Land so viel mehr AO-SF-Verfahren durchgeführt werden als zum Beispiel in Gelsenkirchen, Recklinghausen oder Duisburg. Es ist eine im Wesentlichen berechnete Frage, unter welchen Kriterien etwas passiert. Ich will jetzt nicht noch einmal die Debatte darüber führen, inwieweit eine Schulform, in die mehr als 40 % der Kinder gehen, sich gesellschafts- und bildungspolitisch aus zieldifferenten Inklusion verabschieden kann. Das ist ja nun politisch befördert worden.

Ich möchte gerne Herrn Schemann, Frau Thoms und Frau Finnen fragen, wie denn die Formel 25-1-0,5 in den Schulen angekommen ist. Auch die Begrenzung der Lerngruppen war damit verbunden. Das war in Aussicht gestellt worden, entpuppte sich aber hinterher als Rechenformel. Wenn wir über die Halbzeit reden, frage ich: Wie ist denn die Neuausrichtung in den weiterführenden Schulen in Bezug auf die zieldifferente Inklusion angekommen?

**Stefan Schemann (Vorsitzender LEIS-NRW e. V.):** Ich kann diese Frage, Frau Beer, relativ schnell beantworten. Wenn ich ehrlich bin, muss ich sagen, dass da unter dem Strich nicht viel angekommen ist. Ich will es anders formulieren: Diese Formel, die erst einmal ein Rechenmodell bzw. theoretisches Konstrukt ist, ist in der Praxis – zumindest sehen wir das so – mehr durch Glück als durch Systematik angekommen. Wir sehen da aber eher die Fälle, dass wir es mit großen Klassen und mit dem schon vielfach genannten Personalmangel zu tun haben. All das passt an der Stelle nicht zusammen, wenn man diese Formel in die Praxis übersetzen möchte.

**Eva Maria Thoms (Vorsitzende mittendrin e. V.):** Wir haben im Oktober 2019 im Schulministerium nachgefragt, wie es mit der Besetzung der Stellen für die damals schon laufenden fünften Schuljahre aussieht. Da ist uns mitgeteilt worden, dass die allermeisten dieser Stellen noch nicht besetzt waren. Vor allen Dingen hatte man keine Lehrer und keine Sonderpädagogen für diese Stellen finden können. Das heißt, wenn sie besetzt worden sind, betraf das in großem Maße nicht lehrendes Personal.

Aus den Schulen haben wir die Rückmeldung bekommen, dass sie schon angefangen hatten, auch mit den Schulaufsichten zu diskutieren: Was passiert denn, wenn wir jetzt noch mehr Schüler dazubekommen? Dann ist immer gesagt worden: Es bleibt aber dabei. Das heißt also auch: Wenn in den höheren Jahrgängen noch Schüler mit Förderbedarf an diese Schule oder in diese Klasse kommen, gibt es sozusagen für diese Jahrgangsstufe keinen personellen Zuschlag mehr.

In Bezug auf die Einstellungen für das jetzt begonnene Schuljahr 2020/21 fielen die letzten Regularien in die Corona-Zeit hinein. Darüber habe ich keine Informationen. Es wäre interessant, solche zu bekommen.

Ich möchte noch kurz auf das eingehen, was im Neuausrichtungserlass über das nicht lehrende Personal steht. Als es angekündigt wurde, fand ich, dass das eine gute und transparente Formel im Vergleich zu dem war, was wir vorher immer an Personalberechnungen für das gemeinsame Lernen hatten. Es wurde mir aber klar, dass das – aus der Not geboren – nicht nur für lehrendes Personal, sondern auch für nicht lehrendes Personal gelten sollte. Kurz danach habe ich gehört, dass die Sozialpädagogen die Förderpläne für die Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf erstellen. Das war der Punkt, an dem ich das nicht mehr so gut gefunden habe. Ich habe gedacht, dass sich das zu einem Notprogramm entwickelt. Denn auch Schüler mit Förderbedarf – egal ob zieldifferent oder nicht – haben ein Recht auf Unterricht und nicht nur auf Betreuung und Förderung. Wenn dann die Förderpläne schon von nicht lehrendem Personal geschrieben werden, habe ich ärgste Bedenken, was die Qualität betrifft.

**Maika Finnern (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen):** Ich kann mich in Bezug auf die Einschätzung den Ausführungen anschließen, dass die Formel 25-3-0,5 auch aus unserer Sicht ein erster Schritt in Richtung Qualität war. Wir haben seit vielen Jahren immer 20-5-2 gefordert. Das ist unserer Meinung nach weiterhin die richtige Zuordnung. Man kann aber sagen, dass 25-3-0,5 ein Schritt in diese Richtung wäre. Ich muss aber zugeben: Das, was bei den Klassen bzw. in den Schulen vor Ort ankommt, ist nicht das, was diese Formel verspricht. Wir haben schon mehrfach gesagt, dass sie keine Rechtsverbindlichkeit hat. Das hat schon im ersten Jahr dazu geführt, dass die Klassen deutlich größer als 25 waren und dass auch die erforderliche sonderpädagogische Expertise nicht vorhanden war.

Wir erleben jetzt im zweiten Jahr eine Rückentwicklung. Ich weiß das von mehreren Schulen. Es gibt einen Mangel an sonderpädagogischer Expertise auch an den Förderschulen, die jetzt wieder die an die anderen Schulformen abgeordneten Lehrkräfte zurückholen. Für diejenigen Schulen, die in der Inklusion arbeiten und sonderpädagogischen Förderbedarf haben, gibt es dann keinen Ersatz. Die arbeiten weiter, jedoch jetzt ohne sonderpädagogische Expertise. Das ist kein Einzelfall, was ein Problem darstellt. Bei weitem ist das nicht das, was wir uns im Hinblick darauf vorstellen, was Schulen brauchen, um Inklusion gut umzusetzen. Insofern muss man da noch einmal herangehen und sagen: Wir brauchen dringend sonderpädagogische Expertise an den Schulen, die das gemeinsame Lernen umsetzen. Es kann nicht sein, dass wir uns mit der Formel 25-3-05 schmücken, diese aber in der Realität zu wenig ankommt. Das geht nicht.

**Helmut Seifen (AfD):** Es geht um die Halbzeitbilanz der Regierung. Herr Behlau hat gerade schon einen Punkt angesprochen, den ich aufgreifen möchte. Seiner Wahrnehmung nach hat sich das Regierungshandeln bisher zu wenig auf die Sekundarstufe I ausgewirkt. Wir sind da einer Meinung. Auch die AfD hat in ihrer Programmatik

ganz deutlich darauf hingewiesen, dass das Sekundarstufen-I-System unbedingt gestärkt werden muss.

Herr Behlau, Sie haben möglicherweise auch im Blick, dass sich immer weniger Abiturienten für ein Lehramtsstudium im Sekundarstufen-I-Bereich interessieren, dass zahlreiche Lehrkräfte nervlich sehr stark gefordert sind und dass die Leistungsergebnisse bei internationalen Tests zum Teil besorgniserregend sind. Wo Nordrhein-Westfalen im Vergleich der Leistungstests liegt, wollen wir hier nicht thematisieren.

Meine Frage an Herrn Behlau und Frau Finnern lautet: Was müsste die jetzige Landesregierung in der noch verbleibenden Zeit tun, um die Schulen des Sekundarstufen-I-Bereiches zu stärken, damit nicht nur zum Beispiel das Gymnasium attraktiv ist, sondern auch das mittlere Schulsystem, das wir – ich möchte hier ganz deutlich betonen, dass das ein ganz wertvolles Schulsystem ist – unbedingt brauchen? Damit könnte – ich sage das ein wenig poetisch – etwas Glück in die Familien hineingebracht werden, deren Kinder dann glücklich nach Hause kommen, weil sie sehr gut gelernt haben.

**Stefan Behlau (Verband Bildung und Erziehung NRW):** Herr Seifen, wenn ich jetzt mit dem Wünschen anfangen würde, müsste ich, glaube ich, die Zeit von drei Minuten leider reißen. – Ich habe gerade gesagt, dass der Blick auf das gesamte Schulsystem gerichtet werden muss. Es müsste von Anfang an in den Blick genommen werden. Das betrifft auch die Primarstufe. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir eine Verzahnung aller Schulformen miteinander in Betracht ziehen und der Versuchung widerstehen müssen, die Schulformen einzeln zu betrachten. Denn wenn wir das machen würden, würden wir immer wieder anfangen aufzureißen oder Konkurrenzen zu erzeugen.

Ich habe einen großen Wunsch, der heute, glaube ich, noch gar nicht erwähnt wurde. Es wäre fahrlässig, wenn ich heute hier hinausgehen würde, ohne dass ich das gesagt habe. Wenn es explizit um den Lehrkräftemangel geht, ist es richtig, dass gerade die Schulen der Sekundarstufe I – gerade die Haupt- und Realschulen und auch die Sekundarschulen – unter einem enormen Lehrkräftemangel leiden. Das vergisst man allzu häufig, weil der Blick auf der einen Seite auf die Förderschulen und vor allen Dingen auf die Grundschulen gerichtet ist. In dieser Hinsicht wünsche ich mir seit Jahren, dass endlich die ungleiche Bezahlung beseitigt wird und den jungen Menschen, die ein Lehramtsstudium beginnen, von Anfang an klar ist, dass sie eine Lehrkraft sind und gleichwertige Arbeit leisten, wofür sie ein gleichwertiges Studium zu absolvieren haben. Das betrifft zumindest die Kolleginnen und Kollegen, die seit der Reform der Lehrerausbildung 2008 unterwegs gewesen sind und ihren Master gemacht haben. Die Grundschulen will ich jetzt gar nicht benennen. Ich glaube, dass das gerade für den S-I-Bereich zu einem enormen zusätzlichen Schwung führen. Das ist nach wie vor nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit. Ich glaube, dass das neben der Schaffung von weiteren Studienplätzen – die übrigens auch, was den S-I-Bereich angeht, ausgebaut werden müssen – ein ganz wichtiger und deutlicher Schritt wäre.

Wir stellen viel zu viele Überlegungen in Richtung eines Seiteneinstiegs an. Ich glaube, dass wir nach wie vor das originäre Lernen stützen und Jugendliche animieren müssen, den wunderbaren Beruf einer Lehrkraft zu ergreifen. Dafür kann es nur ein einziges Zeichen geben. Die Landesregierung hat zu Beginn eigentlich angekündigt, dass

die Ungerechtigkeit beseitigt wird. Leider gab es bisher noch keine Schritte in diese Richtung. Es ist höchste Zeit, dass das endlich vollzogen wird.

**Maïke Finnern (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen):** Ich kann mich dem in vielem anschließen. Auch ich glaube, dass wir das gesamte Schulsystem in den Blick nehmen müssen. Deswegen brauchen wir – das ist bisher wenig thematisiert worden, ist aber auch Teil des Antrags – einen auch gesellschaftlich übergreifenden Diskussionsprozess zur Frage: Was wollen wir denn mit Bildung? Was wollen wir mit dem Schulsystem? Wie kann es uns – das ist der Hauptpunkt, der uns immer wieder vorgeworfen wird – gelingen, Bildungserfolg von der Herkunft abzukoppeln und gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen? Unter dem großen Aspekt müssen wir, finde ich, unser ganzes Schulsystem betrachten. Wir müssen darauf schauen, wie wir es finanzieren und ausstatten. Und wir müssen sagen, was wir wollen.

Im Bereich der Sekundarstufe I fällt das im Moment besonders auf. Zum Lehrkräftemangel hat Herr Behlau gerade einiges gesagt. Gleiche Besoldung hatte ich vorhin schon einmal angesprochen. Ich glaube, dass das wichtige Punkte sind, die dringend angegangen werden müssen. Es ist aber klar, dass wir – wenn man sich die Hauptschulen, teilweise aber auch die Realschulen, die Gesamtschulen und Sekundarschulen anguckt – das große Problem einer schwierigen Ausstattung haben. Wir haben besonders in diesen Schulformen viele Schulen, die mit herausfordernden Bedingungen zu arbeiten haben.

Ich bleibe einmal bei der Schulform Hauptschule. Wir alle haben relativ große Klassen. Sie fangen klein an, haben aber durch den Wechsel, der nach der Erprobungsstufe in großer Zahl stattfindet, Riesenschwierigkeiten, die Schülerinnen und Schüler zu integrieren. Das ist eine große Aufgabe, die von den Hauptschulen da geleistet werden muss. Dafür erfahren sie viel zu wenig Unterstützung. Ich glaube, man muss sich das gesamte System anschauen und sich fragen: Wodurch sind die Schwierigkeiten bedingt, die eine Schule durch Handlungen an einer anderen Schulen hat? Wo bedingen sich Schwierigkeiten im Umfeld? Darauf muss man gemeinsam schauen. Lehrkräftemangel an den Schulen ist eines der Riesenthemen, das dringend angegangen werden muss.

**Frank Rock (CDU):** Ich fand die Diskussion über das Thema der Inklusionszahlen hochinteressant. Es hat mich sehr gewundert, dass das etwas mit Glück zu tun haben soll. Herr Schemann, das habe ich noch nie gehört. Man kann sich dazu äußern und sagen: Es ist blöd, wenn sich niemand auf die Stellen bewirbt. Rein faktisch ist es aber so: Wenn es eine gemeinsame Schule gibt, die so dekliniert ist – man hat ein Konzept, und man hat drei Kinder mit Förderbedarf in einer 25er Klasse –, dann weist das Schulamt die Stellen zu. Das hat doch nichts mit Glück zu tun. Im deutschen Staat ist das immer so. Man kann sich vielleicht einmal darüber ärgern, wenn die Stellen nicht zu besetzen sind, weil wir Lehrermangel haben. In dem Zusammenhang aber von Glück zu sprechen, ist, glaube ich – das kann ich sagen, weil ich zumindest das deutsche Beamtensystem kenne; ich selber bin Beamter –, eine interessante Interpretation.

Wir haben im Rahmen der Inklusion sehr viel über Lehrkräftegewinnung gesprochen. Das ist eine Aufgabe, die in dieser Legislaturperiode nicht lösbar ist. Ich will gar nicht wieder nach hinten gucken: Herrn Ott würden sich schon wieder die Nackenhaare aufstellen, wenn es um die Frage geht, warum das so ist.

Ich habe eine Frage an die Herren Wirths und Stieber. Wir haben einen Lehrkräftemangel insbesondere im Bereich der Sonderpädagogik. Herr Behlau hat gerade noch einmal sehr deutlich gemacht, warum es ihn auch im Sek-I-Bereich gibt. Meine Interpretation, die ich hier aber nicht kundtun möchte, fällt da vielleicht anders aus. Wir haben einen enormen Lehrkräftemangel auch im sonderpädagogischen Bereich. Wie bewerten Sie denn die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung, diesem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken? Frau Finnern sagt, dass wir einiges getan hätten, aber noch nicht genug. In Anbetracht der nicht vorhandenen Masse kann man nicht unbedingt noch viel mehr tun. Ich möchte aber gerne einmal Ihre Ideen dazu hören, was Ihre Schulform anbelangt.

**Jochen-Peter Wirths (Landesverband Nordrhein-Westfalen der Eltern und Förderer sprachbehinderter Kinder und Jugendlicher e. V.):** Aus meiner Sicht lässt sich das Grundproblem in dieser Legislaturperiode nicht lösen. Die Zahl der Studienplätze ist weiter ausgedehnt worden. Man hat pragmatisch alle anderen Möglichkeiten ergriffen. Pensionäre sollen angelockt werden zu unterrichten. Man hat Seiteneinsteigerprogramme erstellt sowie ganz viele andere Sachen gemacht. Außerdem hat man versucht, Lehramtskandidaten aus dem Bereich der Oberstufe für vier Jahre – zusätzlich gab es eine Stellengarantie – in den Bereich der Grundschule zu locken.

Das Grundproblem besteht darin, dass auch die neu ausgebildeten Lehrer wahrscheinlich erst in fünf oder sechs Jahren zur Verfügung stehen, während es gleichzeitig eine Überalterung der Lehrerschaft gibt. Von daher steht die Landesregierung aus meiner Sicht vor einer unlösbaren Aufgabe.

Wir haben schon 2017 gesagt, dass es ein Denkfehler ist, ohne ausreichende Ressourcen eine flächendeckende Inklusion durchführen zu wollen. Ich bin absolut für Inklusion. Deswegen sehe ich den einzigen Ausweg darin, dass man die Zahl der Inklusionsschulen zwischendurch verringert. Das spricht nicht gegen Inklusion. Uns wird das zwar immer vorgeworfen. Wenn es aber weniger Inklusionsschulen gibt, so dass man die Ressourcen bei den verbleibenden Inklusionsschulen bündeln kann, führt das zu einer höheren Qualität. Das ist einfache Mathematik.

Dass sich – einige sehen das als sehr negativ an – ein Teil der Gymnasien da verabschiedet und – zumindest vorübergehend – keine inklusiven Gymnasien mehr sind, sehe ich eher als positiv an. Ich gehe so weit – ich weiß, dass das schwer umzusetzen ist; das habe ich gelernt – zu sagen, dass mir eigentlich solch ein Schritt auch im Bereich der Grundschulen fehlt. Wenn es schätzungsweise 50 Grundschulen in Wuppertal gibt, ist zu fragen, warum es 50 inklusive Grundschulen geben soll, wenn es zu wenig Ressourcen in Bezug auf Sonderpädagogen usw. gibt. Warum können es nicht 30 oder 40 sein? Dann könnten diese inklusiven Regelschulen entsprechende Qualitätsstandards erfüllen. An einer anderen Stellschraube kann nicht gedreht werden. Mehr als das, was die Landesregierung gemacht hat, ist faktisch nicht möglich. Dabei geht es um die Zahl der Ausbildungsplätze und darum, alle möglichen anderen



Professionen heranzuziehen, um sie zum Beispiel als Seiteneinsteiger zum Hilfslehrer – oder wie man das auch nennen will – auszubilden.

**Grischa Stieber (Bielefeld):** Der Lehrkräftemangel ist weiterhin ein eklatantes Problem. Das kann man nicht schönreden. Er ist aber auch nicht der jetzigen Regierung anzulasten. Ein wichtiger Impuls ist durch die Einrichtung von multiprofessionellen Teams in der Sekundarstufe I gesetzt worden. Ich höre oft aus der Praxis, dass gerade die sozialpädagogischen Fachkräfte, über die wir auch schon gesprochen haben, eine große Bereicherung für das Team darstellen. Im Primarbereich haben wir bereits über den starken Zuwachs gesprochen. Da gibt es eine Verdreifachung. Auch im Sekundarbereich ist das sehr hilfreich, denn der Lehrerinnen- bzw. Lehrerberuf hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Gerade erzieherische und auch sozialarbeiterische Kompetenzen sind immer bedeutsamer geworden. Auch der Bereich der Elternarbeit nimmt einen immer größeren Raum ein. Hier kann gerade eine andere Profession helfen, andere Perspektiven wahrzunehmen und so die schulische Qualität zu erhöhen.

Natürlich benötigen wir voll ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer; aber ein Zwei-Pädagogen-System mit einer lernbezogenen Fachkraft und einer Kraft mit einer anderen pädagogischen Profession ist für mich keine Notlösung, sondern auch eine Chance. So fordert zum Beispiel Hans Wocken – er ist ein renommierter Professor für Inklusionspädagogik – ein Zwei-Pädagogen-System. Er betont auch, dass es nicht immer zwei vollständige Lehrkräfte sein müssen, sondern es kann sich auch um eine pädagogisch qualifizierte Person handeln.

Ähnliche Systeme – sie sind sehr erfolgreich – gibt es auch in Italien und Kanada. Wenn es einen akuten Lehrkräftemangel gibt, sollten wir nicht davon träumen, ein vollständiges Pädagogensystem mit der vollständigen Anwesenheit eines Sonderpädagogen zu haben. Ich glaube, dass das unrealistisch ist. Auch weiß ich nicht, ob man so viele Studienbewerber dafür gewinnen kann. Es ist ein Beruf, der bei jungen Menschen nicht gerade sehr beliebt ist.

Ich finde schon, dass das auch indirekt ein Beitrag gegen den Lehrkräftemangel ist. Nach meiner Ansicht müsste man diesen Bereich noch weiter ausbauen; denn multiprofessionelle Unterstützungssysteme sind auch gerade in Zeiten des Lehrkräftemangels für die Bestandskollegen sehr hilfreich, um Belastungen zu minimieren. Es wird häufig der Aspekt vergessen, dass die vorhandenen Kolleginnen und Kollegen extrem belastet werden, weil einfach mehr Arbeit vorhanden ist. Gerade auch multiprofessionelle Unterstützungssysteme helfen da. Dazu gibt es viele Best-Practice-Beispiele. Auch die Bielefelder Laborschule hat ein sogenanntes Beratungssystem. Dort sind zum Beispiel Sozialpädagogen, Sonderpädagogen und Schulpsychologen beteiligt. Ich finde, dass gerade auch die Profession der Psychologie viel stärker in die Schule integriert werden müsste. Das sollte nicht erst beim nächsten Amoklauf zum politischen Thema werden, sondern schon früher. Da sehe ich noch viel Potenzial.

Ich muss deutlich sagen: Die jetzige Regierung hat die Weichen für die multiprofessionelle Kooperation gesetzt. Das muss jetzt eigentlich weiter ausgebaut werden. Auch die Universitäten sollten stärker beteiligt werden. Sie könnten wichtige Helferstrukturen für Schulen darstellen. Nordrhein-Westfalen hat sehr gute Strukturen, um die uns

andere Bundesländer beneiden. Auch gibt es hier eine hohe Dichte an Universitäten und Abordnungsmöglichkeiten, was Inklusionsfachberater angeht. All diese Ressourcen werden, denke ich, nicht wirklich miteinander vernetzt. Insofern wird das Potenzial nicht ganz ausgeschöpft.

**Jochen Ott (SPD):** Am liebsten hätte ich Herrn Langner – weil in der Pädagogik das Instrument des Perspektivwechsels zur Erkenntnisgewinnung genutzt wird – die Frage gestellt, wie es wäre, wenn Sie Schulleiter an einer Grundschule in Bad Godesberg oder Köln-Vingst wären. Das würde uns bei den zukünftigen Betrachtungen helfen. Denn ich glaube, dass man das eine tun muss, ohne das andere zu lassen.

Ich möchte aber auf Herrn Wirths eingehen. In den letzten zwei Jahren haben wir verschiedene Anhörungen gehabt. Noch vor den Sommerferien gab es eine große Anhörung. In ihrem Verlauf hat der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz hier gesagt: Wenn ihr euch im Schulbereich bewegen würdet, wären wir in der Lage, auch innerhalb von zwei bis drei Jahren die nötigen Fachkräfte zu organisieren. Wir haben die Kompetenzen. – Auch Frau Professor Bellenberg hat das hier deutlich gemacht. Sie sagte: Ihr habt ein dermaßen verkarstetes System in der Lehrerbildung, was in der Welt – abgesehen von Österreich – einmalig ist. Deshalb dürft ihr euch nicht wundern, wenn ihr die erforderlichen Fachkräfte nicht habt. – In der Tat sehen alle, die auf das Schulsystem blicken, das ein wenig anders. Ich glaube, es macht Sinn, sich die Anhörung im Gesamten einmal anzuschauen, um einen Schritt weiterzukommen.

Neben den jetzt mehrfach diskutierten drei Jahre haben wir auch die letzten sieben Wochen – mittlerweile sind es ein paar Wochen mehr – zu sehen, wo es die Pandemie gab. Dazu habe ich eine Frage an Herrn Schemann, an Frau Thoms und Herrn Behlau. Die Eltern haben uns, den schulpolitischen Sprechern, heute Nacht einen Brief geschrieben, in dem sie zum Ausdruck gebracht haben, dass sie sofort bestimmte Maßnahmen wünschen, damit die Maskenpflicht nicht fortgesetzt wird. Wir haben jetzt gerade über die Halbzeitbilanz und über die Frage gesprochen, wo wir gerade stehen. Deshalb frage ich mit Blick auf die zweite Halbzeit: Was ist Ihnen auf Grundlage der vielen Gespräche, die Sie geführt haben, wichtig, das gemeinsam angegangen werden müsste? Es ist, wenn ich es richtig sehe, ziemlich einmalig, dass die Elternvertretungen der verschiedenen Schulformen zusammen agiert haben. Die Namen von Frau Thoms und Herr Schemann stehen mit in dem Brief. Können Sie etwas dazu sagen? Vielleicht kann auch Herr Behlau, was diese Forderung angeht, etwas aus der Sicht der Lehrer sagen.

**Eva Maria Thoms (Vorsitzende mittendrin e. V.):** Wir hatten seit April – auch im Schulministerium – eine ganze Menge Gespräche. Dort waren wir zum Gedankenaustausch eingeladen. Wir fanden erst einmal, dass das ein Superformat ist. Dort konnten wir aber absolut nicht übereinkommen. Frau Müller-Rech, Sie haben mich da eben missverstanden. Ich möchte da überhaupt nicht parteipolitisch fehlinterpretiert werden. Vielmehr geht es da um den Gegensatz zwischen Bürger und Politiker. Einmal ist der eine in der Verantwortung, dann wieder der andere.

Wir haben da sehr viel diskutiert. An einem bestimmten Punkt hatten wir den Eindruck, dass es eine Agenda gibt, die irgendwie durchgezogen werden muss. Sie lautete

irgendwie: Erst einmal müssen wir alle ordentlich durchziehen, die jetzt Prüfungen haben bzw. ihre Abschlüsse machen müssen. Da gab es schon die ersten Auseinandersetzungen. Irgendwann ging es in die Richtung, dass gesagt wurde: Das Schuljahr 2020/2021 muss unbedingt ein ganz normales Schuljahr werden. Da gehen wir wieder in den vollen Regelbetrieb.

Den Eltern war eigentlich schon im April klar, dass das nicht funktionieren wird. Wenn die Infektionszahlen nicht niedriger werden und wir die Pandemie nicht in den Griff bekommen, ist es völlig illusorisch, das zu planen, während man keinen Plan B hat oder wenn man es nicht von vornherein anders gestaltet. Dazu ist uns vonseiten des Schulministeriums immer gesagt worden: Einen Plan B machen wir nicht. Wir wollen den Regelbetrieb. Der muss das Ziel aller sein. Klar, das wäre auch mein Ziel. Ich fände es auch klasse, wenn wir die Pandemie jetzt nicht mehr hätten. Von dem Punkt an hatten wir als Eltern nicht mehr das Gefühl, ernstgenommen zu werden. Es ist dann zu einem Gesprächsklima gekommen, das in keiner Weise mehr erfreulich war. Man hat versucht, das über die Sommerferien zu retten.

Als wir uns vor Ende der Sommerferien treffen wollten, um zu besprechen, wie es im kommenden Schuljahr weitergehen soll, kam völlig unangekündigt vier Tage später eine Maskenpflicht im Unterricht, von der vorher nie die Rede war. Als Eltern bekommt man irgendwann den Eindruck, dass die Maskenpflicht etwas retten soll, was man eigentlich nicht aufrechterhalten kann und wo man ansonsten andere Lösungen finden müsste. Das ist unser Eindruck. Weil wir das nicht für richtig halten und auch nicht glauben, dass wir damit bis zum Sommer 2021 durchkommen werden, haben wir diesen Brief geschrieben.

**Stefan Schemann (Vorsitzender LEIS-NRW e. V.):** Es ist in der Tat so, dass wir in dem Kontext dieser Fragestellung ganz aktuell sehr umfassend das Stimmungsbild bei den Eltern abgefragt haben. Eine ganz große Mehrheit sagt, dass zunächst einmal einerseits Präsenzunterricht das Ziel sei. Auf der anderen Seite sei aber auch ganz klar, dass Masken während des Unterrichts nicht der richtige Weg sind. Vielmehr müssten Alternativen geschaffen werden. Die Eltern haben klar den Eindruck, dass in den Sommerferien nicht an den alternativen Konzepten gearbeitet wurde, die einen Unterricht unter diesen Umständen ermöglichen würden. Wir fordern im Prinzip ein Konzept, das jetzt schnellstmöglich – bis Ende August – vorgelegt werden muss, um von der Maskenpflicht am Sitzplatz wegzukommen und trotzdem Präsenzunterricht durchzuführen. Dabei geht es auch um den genannten Plan B im Fall des Falles bzw. um kreative Lösungen, die es ermöglichen, Unterricht durchzuführen.

**Stefan Behlau (Verband Bildung und Erziehung NRW):** Es gibt nicht die Politiker und auch nicht die Lehrer. Ich glaube, deswegen sind die Rückmeldungen, die wir erhalten, genauso heterogen wie die Gesellschaft. Das muss ich, glaube ich, zunächst einmal vorweg erwähnen.

Ansonsten hat Frau Thoms sehr deutlich gesagt, wie die Gespräche im MBS gewesen sind. Sie hat auch gesagt – das sehe ich ebenfalls so –, dass es sich um eine politische Setzung gehandelt hat, dass wir wieder in den angepassten Regelunterricht hineingehen sollen. Die Lehrkräfte sind verbeamtet oder Angestellte des öffentlichen Dienstes.

Das heißt, dass sie das jetzt umsetzen müssen. Deshalb diskutiere ich nicht darüber, ob die Maskenpflicht sinnvoll ist oder nicht. Ich habe immer davon gesprochen, dass das eine Zumutung ist. Wenn wir jetzt vom Regelunterricht – so wie wir ihn uns vorstellen – sprechen, denken wir wahrscheinlich immer in den Bildern, die wir alle genau vor Augen haben. Wir sehen frontal ausgerichtete Klassen, vorne eine Whiteboard-Tafel sowie Schülerinnen und Schüler, die ihre Augen entweder auf die Tafel, das Whiteboard oder die Lippen der Lehrkraft gerichtet haben. Das ist, glaube ich, in dem Zitat des Vertreters des Marburger Bundes sehr deutlich geworden, der im WDR eindrücklich festgestellt hat, dass Maskenpflicht im Unterricht vollkommen unsinnig ist. Denn die Schülerinnen und Schüler sitzen in genügendem Abstand nebeneinander und gucken immer nur nach vorne. Entschuldigung! Mit Verlaub, der Verbandsvertreter hat seit Jahrzehnten keinen Blick mehr in eine Schule geworfen, geschweige denn in eine Grundschule. Von daher ist das sehr schwierig.

Herr Schemann, ich höre das sehr wohl. Ich sage Ihnen auch – das aber jetzt persönlich –, dass einen das zerreißt. Sie reden davon, dass wir Alternativen herausbilden müssen. Ich sehe das auch so. Wenn wir aber in den Schemata denken, die wir jetzt in der politischen Setzung haben – ich habe eben noch davon gesprochen, dass wir Schule eben nicht nur als Unterrichtsort sehen; für viele Eltern ist sie auch ein Betreuungsort –, geht diese Umstellung des Regelunterrichts so, wie wir ihn kennen, im Rahmen von Alternativen nicht so ganz einfach vonstatten. Die Maskenpflicht scheint momentan die einzige Lösung zu sein, die Schülerinnen und Schüler sowie vor allen Dingen auch die Lehrkräfte, die man auch nicht vergessen darf, zu schützen. Fakt ist aber auch, dass damit ein Unterricht, wie wir ihn kennen, nicht ansatzweise möglich ist, weil Kommunikation – es gibt hier eine breite Vertretung auch aus dem Bereich der Sprachbehinderung – durch die Masken hochgradig gefährdet ist.

Wir sitzen hier und sprechen über die Halbzeitbilanz. Ich habe es eben schon einmal gesagt: Uns in den Schulen wäre es äußerst wichtig, dass – jetzt verwende ich doch dieses Wort – die Politiker gemeinsam Zeichen setzen, welches den Schulen im Hinblick darauf den Rücken bei der Umsetzungen dieser politischen Setzungen stärkt. Momentan sind es – das habe ich eben im Rahmen eines kleinen Gesprächs bereits gesagt – Kolleginnen und Kollegen, die genau diese Diskussion in der gesamten Bandbreite jeden Tag aufs Neue auszuhalten haben. Es gibt ersten Strafanzeigen, die von Eltern gegen Schulleitungen gestellt wurden, welche Schülerinnen und Schüler von ihrer Schule verwiesen haben. Das geschah schweren Herzens, weil sie denen den Unterricht ermöglichen wollen. Natürlich werden diese Strafanzeigen – das ist gar keine Frage – im Sande verlaufen. Man muss aber doch einmal überlegen, was das mit den Kolleginnen und Kollegen macht, wenn sie sich zusätzlich zur Neuorganisation des Unterrichts und zur Einhaltung der Hygienerichtlinien jetzt auch noch darum kümmern müssen.

Es gibt jetzt bereits Eltern – das glaubt niemand, der sich nicht in der Schule befindet, weil es abseitig ist –, die anfangen nachzufragen, wie es eigentlich mit Sankt Martin und den Weihnachtsfeiern aussieht. Das ist die Realität, mit der sich die Kolleginnen und Kollegen im Moment auseinandersetzen müssen. Und das geht über die volle Bandbreite: von den Eltern, die ihre Kinder nicht in die Schule schicken wollen, weil sie das für fahrlässig halten, bis hin zu denen, die eigentlich sagen, dass das alles Quatsch ist.

Die Lehrkräfte stehen jeden Tag dort genau mittendrin. Sie versuchen, das Bestmögliche daraus zu machen. Deswegen wäre es unwahrscheinlich wichtig, dass es hier noch einmal zu einem breit angelegten Schulterschluss kommt. Die Alternativen können, glaube ich, nicht schnell kommen. Den Kolleginnen und Kollegen sollte aber gezeigt werden, dass es Alternativen gibt und dass man gemeinsam an Entlastungen für alle Seiten arbeitet. Des Weiteren sollten wir bitte aufhören, alte Klischees in irgendeiner Form zu bedienen, weil wir uns vielleicht in Kommunalwahlkämpfen oder sonstigem befinden.

**Franziska Müller-Rech (FDP):** Frau Vorsitzende, erlauben Sie noch ein paar kleine Anmerkungen zu meiner Frage. Ich möchte, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, jetzt das zweite Mal daran erinnern, dass wir uns hier in einer Anhörung zur schulpolitischen Halbzeitbilanz befinden. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir bei dem Thema bleiben könnten, statt hier Ausführungen über Corona-Auswirkungen zu machen. Dazu hatten wir bereits heute früh sehr viele Diskussionsmöglichkeiten, die wir rege genutzt haben.

Außerdem hat mich verwundert, Herr Kollege Ott, dass Sie Herrn Langner angreifen und ihm noch nicht einmal die Möglichkeit geben zu antworten. Ich möchte ergänzend sagen, dass sich die Schule von Herrn Langner im Stadtbezirk Bad Godesberg in Bonn befindet. Vielleicht gibt es da in Geografie noch Nachholbedarf. Wenn man hier schon den Namen „Bad Godesberg“ in den Mund nimmt, muss man auch sagen, dass Herr Langner Schulleiter genau in diesem Stadtbezirk ist, in dem er sich sehr gut auskennt und auch guten Kontakt zu den Grundschulen hat. Ich möchte ihm die Gelegenheit geben, dazu Stellung zu nehmen.

Ich komme jetzt zum Thema „Lehrkräftegewinnung“ und insbesondere dazu, was das in diesem Stadtbezirk bedeutet. Zusammenfassend möchte ich sagen, dass wir es auch so sehen, dass nämlich die Gewinnung von Lehrkräften die große Herausforderung in der Schulpolitik ist und sicherlich bleiben wird. Wir tun alles, was in unseren Kräften steht, um die Lehrkräftegewinnung weiter zu verbessern, sind uns aber dessen bewusst, dass wir das im Land nicht mit dem Umlegen eines Schaltern – auch nicht eines solchen, auf dem „A13“ steht – sofort beheben können.

Ich möchte nicht nur von Herrn Langner, sondern auch von Frau Mistler hören, wie sich aus ihrer Sicht die Möglichkeiten der Personalgewinnung seit der Regierungsübernahme 2017 verändert haben und welche Auswirkungen sie in der Praxis – und das nicht nur in Bad Godesberg – spüren.

**Frank Langner (Schulleiter des Friedrich-Ebert-Gymnasiums, Bonn):** Eine Bemerkung vorweg: Ich finde, dass der Perspektivenwechsel richtig ist. Damit kann ich auch gut leben. Das Format ist vielleicht so, dass es nicht deutlich wird. Möglicherweise entsteht aber deshalb dieser Eindruck, weil ich Bildung – und nicht nur Bildungsgerechtigkeit – oft ins Zentrum meiner Überlegungen stelle. Ich glaube, dass das zusammenhängende Themen sind. Das ist aber nicht dasselbe.

Es entsteht der Eindruck, ich sei ein klassischer Gymnasialvertreter. Das trifft aber nicht für meine Schule zu. Wir sind Standorttyp 4. Der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund beträgt bei uns deutlich über 50 %. Und so weiter. All diese Klischees

sind nicht meine Themen. Da kann man sich an mir abarbeiten, es ist aber nicht so. Ich glaube, dass eine Schullandschaft nur funktionieren kann, wenn die Schulen – bei all den Gegensätzen, die es in Detailfragen immer gibt – miteinander arbeiten. Insofern würde ich mir den Perspektivenwechsel auch zutrauen.

Vielleicht darf ich – auch wenn ich hier jetzt nur Sachverständiger bin und auch wenn Sie gesagt haben, dass man darüber eigentlich nicht reden sollte – eine Zwischenbemerkung machen, ehe ich auf die Frage zu sprechen komme. Es ist gerade sehr viel über Maskenpflicht gesprochen worden. Alles, was aus den Schulen berichtet wurde, teile ich. Wir sind in den Schulen zerrissen. Es gibt aber zwei Sachen, die hier aus meiner Sicht gesagt werden müssen.

Erstens. Es ist richtig zu versuchen, den Regelbetrieb durchzuführen. Jedoch ist der Begriff „Regelbetrieb“ falsch, weil wir ganz anders arbeiten. Die Kinder wollten aber in die Schule. Das ist – man darf das nicht vergessen – nachgefragt worden. Wir versuchen an Schulen, das anzubieten.

Zweitens. Richtig ist auch, dass wir vor den Sommerferien die Situation gehabt, dass es keine Maskenpflicht gab. Das hat dazu geführt, dass Kollegen und Eltern zu mir gekommen sind. Ich bin als Schulleiter in der Pflicht, im Kollegium oder in der Schule darüber nicht mit Namensnennung zu reden, weil es einen Vertrauensschutz gibt. Die haben mir gesagt: Herr Langner, ich würde gerne arbeiten, aber ich kann das unter den Bedingungen nicht.

In meinem Kollegium ist die Situation so, dass sich unter 110 Leuten ungefähr sieben mit Vorerkrankungen befinden. Von denen haben – abgesehen von einem Kollegen, wo es wirklich nicht anders ging – sechs gesagt: Unter den Bedingungen, die wir im Moment haben, versuchen wir es. Ich weiß nicht, wie lange sie das durchhalten können. Da ist ein ganz sensibles Vorgehen vonnöten, weil niemand gefährdet werden soll. Es ist auch Folge der Maskenpflicht, dass Lehrer da sind. Damit bin ich sozusagen beim Thema „Lehrergewinnung“. Das relativiert nichts von dem, was in Bezug auf die Maskenpflicht kritisch zu sehen ist und was alles pädagogisch unterminiert wird. Es gibt aber – nur das will ich an der Stelle sagen – auch Dinge, die dafür sprechen. Das ist also kein abwegiges Konstrukt. Wir in den Schulen sind hin und hergerissen, sehen aber beides. Die Frage, wie man überhaupt damit umgehen kann, ist für mich eine pragmatische und keine parteipolitische.

Bei der Lehrergewinnung handelt es sich insgesamt um ein schwieriges Problem. Ich habe mir noch einmal ganz genau angeguckt, was die Landesregierung gemacht hat. Man öffnet im Grunde genommen, oder man senkt Qualifikationen für Leute, die in den Lehrerberuf kommen sollen. Es werden zusätzliche Anreize und Abordnungsmöglichkeiten geboten. Und so weiter. Ich glaube, dass man an den Stellschrauben nicht viel mehr machen kann. Für mich gibt es da aber ein paar Dinge, die sicherlich etwas erleichtern.

Bei mir kommen Lehrer an. Ich bekomme den Unterricht abgedeckt. Ein Konstrukt ist zum Beispiel die sachgrundlose Befristung, die jetzt wieder in größerem Umfang neu möglich sein sollte, aber auch im letzten Schuljahr im Zusammenhang mit Integration schon möglich war. Meine Schule engagiert sich in dem Bereich sehr. Dadurch ist es gelungen, Personal in die Schulen zu holen.

Es gibt vielleicht zwei Gesichtspunkte, über die man an der Stelle nachdenken könnte. Bei beiden handelt es sich nicht um Schulpolitik, sondern vielleicht eher um Schulverwaltung. Das hat auch wieder Schattenseiten. Zumindest ist das ein Vorschlag. Wir haben riesige Effizienzreserven im System, die aber nicht genutzt werden, weil die Kollegen andere Aufgaben haben. Das ist auch gut für die Kollegen. Ich nenne einmal ein Beispiel. Bei mir ist jetzt in den Sommerferien eine Kollegin mit einer vollen Stelle an ein kommunales Integrationszentrum abgeordnet worden. Damit bedient sie natürlich eine Aufgabe, reißt gleichzeitig aber auch eine Lücke auf. Wenn man über Unterrichtsversorgung nachdenkt, muss man überlegen, wie man so etwas in die Balance bringen kann, wobei man auch immer die Personalgesichtspunkte sehen muss. Die Kollegen müssen auch die Möglichkeit haben, sich weiterzuentwickeln.

Auch beim zweiten Ansatzpunkt, den ich sehe, handelt es sich nicht um ein schulpolitisches Handlungsfeld, sondern auch da möglicherweise um Verwaltungshandeln in Mittelbehörden. Da stellt sich immer die Frage: Wie dienstleistungsorientiert ist zum Beispiel eine Bezirksregierung oder ein Schulamt? Darüber kann man sicherlich auch sprechen. Das sind aber nicht primär schulpolitische Fragen, sondern es handelt es sich dabei eher um organisatorische Fragen, die in der Mittelbehörde behandelt werden müssen.

Wenn ich mir die Schulpolitik angucke, erkenne ich an der Stelle ein Bemühen um ganz viel. Ich muss einfach anerkennen, dass es bestimmte Lehrer kaum gibt, zum Beispiel Informatiklehrer. Die sind auf dem Markt kaum zu kriegen. Es können noch so viele Anreize geschaffen werden, man wird sie nicht bekommen. Auch da geht das Land den Weg, dass zum Beispiel Zertifikatskurse für Lehrer angeboten werden, um eine Weiterqualifizierung zu ermöglichen. Das kann man möglicherweise noch erweitern. Das erhöht aber nicht den Personalbestand. Wenn man eine Mangelsituation hat, kann sie dadurch kompensiert werden. Dadurch entstehen aber woanders möglicherweise auch wieder Lücken.

Das ist ein Thema, über das man viel diskutieren kann. Man bräuchte nur neue gute Ideen, die noch nicht auf dem Tisch liegen. Die sehe ich aber nicht. Im Übrigen sehe ich die auch in anderen Bundesländern nicht, obwohl sich alle Bundesländer damit beschäftigen. Keinem Bundesland gewinnt es besser, Personal zu rekrutieren. Schauen Sie zum Beispiel nach Berlin. Man kann einen schönen Vergleich anstellen, weil das Ende der Sommerferien dort oft ungefähr zeitnah mit dem bei uns stattfindet. Schauen wir einmal darauf, wie die in das neue Schuljahr gehen. Vergleichen Sie das mit der Situation bei uns. Wenn ich das mache, sage ich: Ich bin, was die Personalausstattung betrifft, froh, dass ich nicht Schulleiter in Berlin bin. Das ist dort so, obwohl es sich um eine Großstadt handelt, die Akademiker zieht usw.

Ich glaube, die Frage, ob es gut oder schlecht ist, kann man nicht absolut beantworten. Vielleicht muss man da, was andere Bundesländer angeht, einen komparativen Ansatz haben. Und da steht Nordrhein-Westfalen an der Stelle, glaube ich, nicht schlecht da.

**Sabine Mistler (Vorsitzende des Philologen-Verbandes Nordrhein-Westfalen):**

Ich möchte noch eine Sache erwähnen, weil ich eben auch keine Chance hatte, auf das Zitat – dabei ging es um den Sozialindex – zu reagieren, das Herr Ott zusammenhanglos aus der Stellungnahme des Philologen-Verbandes herausgenommen hat. Ich

möchte ganz deutlich darauf hinweisen, dass wir hier gesagt haben, dass der schul-scharfe Sozialindex nicht das alleinige Instrument sein kann, um das Bildungssystem ausreichend bzw. adäquat zu steuern.

Ich möchte es für das Protokoll sehr deutlich sagen: Das Zitat ist in dem Zusammen-hang aus dem Kontext genommen worden. Dadurch ist es ein wenig fehlinterpretiert worden. Der Philologen-Verband ist nicht gegen einen Sozialindex. Wir sagen aber, dass dies nicht das alleinige Mittel ist. Alle anderen sozialen Strukturen sind dafür mit-verantwortlich. Dabei geht es nicht allein um die Schule.

Jetzt komme ich zu Ihrer Frage. Ich rede jetzt hauptsächlich als Vertreterin für die Gymnasien bzw. die Kolleginnen und Kollegen der gymnasialen Oberstufen. Bei uns ist der Personalmangel bei weitem nicht so groß wie an den anderen Schulformen. Es ist in der neuen Legislaturperiode ein Grundproblem gewesen – gestatten Sie mir ei-nen kurzen Blick zurück –, diese eklatanten Mängel in der kurzen Zeit auffangen zu wollen. Die Maßnahmen, welche die Landesregierung durch die unterschiedlichen Maßnahmenpakete angeregt hat, sind, denke ich, durchaus mit einer Mittel- und Lang-fristigkeit verknüpft. Ich glaube aber, dass es diesbezüglich auch vom Philologen-Ver-band Unterstützung gibt, weil es für uns wichtig ist, eine qualitätsvolle Lehrerausbil-dung zu haben und nicht Personen ins System holen, die letztendlich nicht die Quali-tätsanforderungen in dem Maße befriedigen können, die wir alle, die sich hier in dieser Runde befinden, uns wünschen. Deswegen sind sowohl die Lehrer-Image-Kampag-nen als auch die zwei und fünf Jahre Grundschule oder Sek I – aber auch die Studien-plätze – wichtig und notwendig gewesen, um mittel- und längerfristig für mehr Lehre-rinnen und Lehrer zu sorgen.

Ich möchte an dieser Stelle hervorheben, dass wir eine Maßnahme, nämlich die Mög-lichkeit des Einstellungskorridors – so nenne ich ihn jetzt einmal formal –, sehr begrü-ßen. Den hatten wir – gerade im Zusammenhang mit G9 – über viele Jahre hinweg gefordert. Hier geht es darum, den anderen Schulformen keine Lehrerinnen und Lehrer wegzunehmen. Denn es gibt an diesen Schulformen kaum Kolleginnen und Kollegen, die an die Schulen gehen können. Wir haben eben in Bezug darauf schon vermeintli-che Gründe gehört.

Ich denke, dass die Vorgriffseinstellungen – so wie sie jetzt vorgesehen sind; wir müs-sen natürlich noch die rechtlichen Grundlagen bzw. den Erlass abwarten – dazu ge-eignet sind, in den nächsten Jahren – bis zum weiteren Ausbau von G9 – bis zu 3.000 Lehrerstellen – so habe ich das in Erinnerung – auf den Weg dorthin zu bringen. Un-sere Argumentation war schon immer, dass zum einen den gebeutelten Schulformen – gerade Grundschulen und Sek-I-Schulen – geholfen werden muss. Wir sind davon überzeugt, dass diese Schulformen definitiv gute Lehrerinnen und Lehrer brauchen, weil letztendlich die betreffenden Schülerinnen und Schüler an die weiterführenden Schulen – also auch an die Gymnasien – gehen; und es ist kaum aufzuholen, wenn diese keine hervorragende Grundschulausbildung genießen konnten. Deswegen ist es für uns keine Frage, dass die Lehrerinnen und Lehrer auch an diesen Schulformen dringend gebraucht werden.

Für uns ist aber wichtig, dass die Form der Vorgriffseinstellungen ab 2026/2027 kein weiteres Loch produzieren, wo wir 4.000 Lehrerstellen nötig haben, die wir dann wahr-scheinlich auf den Punkt genau nicht besetzen könnten. Wenn wir diese Kolleginnen



und Kollegen jetzt einstellen können – ab dem 1. November sollen es etwa 800 sein –, dann sind diese zur Unterstützung auch für die anderen Schulformen vorgesehen. Ich weiß, dass das nicht einfach ist. Es ist aber genuin nicht nur – auch im Vorgriff auf G9 – eine Unterstützungsmaßnahme für Gymnasien. Ich muss gleich dazu sagen, dass wir – auch Herr Langner hat das festgestellt – auch an der Schulform Gymnasium fachspezifische Unterhänge haben. Nichtsdestotrotz ist das – ich verstehe das – ein schwieriges Konstrukt. Wir hätten dem aber nur entgegensetzen, dass es keine Stellen an den Gymnasien und keine Möglichkeit gegeben hätte, diese Kolleginnen und Kollegen in ein Beamtenverhältnis auf Probe zu bekommen. Insofern ist das ein Konstrukt, in dessen Rahmen immerhin 3.000 Lehrerstellen zeitnah – kurz- und mittelfristig – an die Schulen gebracht werden – inklusive der Unterstützungsmöglichkeit für andere Schulformen. Deshalb würde ich das auch als Positivum herausstellen, Frau Müller-Rech.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Ich möchte meine letzte Frage stellen und an den eben erwähnten Punkt anknüpfen. Jeder Schule und Schulform gönne ich jede mögliche Stelle. Daran haben wir auf unterschiedlichen Feldern immer gearbeitet. Das Thema „multiprofessionelle Teams“ war – das ist richtig – schon ein Thema der letzten Legislaturperiode. Nur handelt es sich dabei nicht um lehrendes Personal. Das ist im Hinblick auf die Aufgaben, die Herr Stieber beschrieben hat, in den Schulen notwendig; aber es geht, wie gesagt, nicht um lehrendes Personal. Gerade an den Schulen des gemeinsamen Lernens gibt es – wenn überhaupt Menschen auf den Stellen ankommen, die dort eingerichtet werden sollen – viel Ersatz an nicht lehrendem Personal.

Frau Mistler, Sie haben gerade sehr schön dargestellt, dass es sich um Stellen am Gymnasium handelt, die gegebenenfalls teilabgeordnet werden. Für die anderen Schulen, die dringende Bedarfe haben, wird zusätzlich nichts geschaffen. Das ist eine temporäre Lösung. Spätestens in zwei Jahren werden sich in Bezug auf diese Ausstattung große Fragen stellen. Denn dann wollen Sie diese Kolleginnen und Kollegen mit Recht wieder zu 100 % bei sich einsetzen. Deswegen möchte ich Herrn Behlau und gerade Frau Finnern fragen, wie sie es bewerten, wenn es jetzt in der Notsituation viele kreative Maßnahmen gibt. Dabei geht es – hierzu bitte ich Herrn Behlau um Stellungnahme – auch um Besoldungsfragen. Frau Finnern bitte ich, etwas zur Attraktivität zu sagen. Weiter frage ich Sie, was das in den Kollegien macht. Denn natürlich wird an den Gymnasien mit A 13 eingestellt. Dann geht es an die Grundschule und an die Sek I. Dass die Kolleginnen und Kollegen unter den jetzigen Bedingungen dort nicht dauerhaft bleiben werden, ist klar.

**Stefan Behlau (Verband Bildung und Erziehung NRW):** Das ist kein einfacher Komplex. Eines aber muss man sagen: Die Landesregierung – speziell das Schulministerium – ist wirklich groß in dem Bemühen, Kreativität zu beweisen bzw. Lehrkräfte an Land zu ziehen, die dann auch in anderen Schulen eingesetzt werden.

Wir haben immer gesagt, dass der Blick nicht nur auf den Seiteneinstieg, sondern auch auf die zukünftigen Kolleginnen und Kollegen zu richten ist, die sich auf dem Markt befinden. Es gibt einen Überhang im Bereich Gy-Ge. Deswegen hat es verschiedene Maßnahmen gegeben, dass Grundschulen, aber auch S-I-Schulen Lehrkräfte mit Gy-Ge einstellen konnten. Das Lehrerausbildungsgesetz ist geändert worden. Die

Kolleginnen und Kollegen können sogar das Lehramt noch nachholen. Das alles sind Dinge, die in der Notsituation, in der wir uns befinden, zu begrüßen sind. Die Kolleginnen und Kollegen in den Einstellungsbüros des Ministeriums sagen jedoch unumwunden, dass diese Einstellungen, wenn die Besoldungsgerechtigkeit beseitigt wäre, um ein Vielfaches einfacher vonstatten gehen würden. So sitzen Menschen im Ministerium und müssen mit viel Gehirnschmalz das Beamtengesetz und die Beamtenlaufbahnen nachvollziehen. Das ist gerade in der jetzigen Zeit eine Vergeudung von Ressourcen. Man kann den Kolleginnen und Kollegen im Ministerium teilweise nur großen Dank aussprechen, dass sie das überhaupt so hinkriegen. Letzten Endes ist es aber – das muss man ganz deutlich so benennen – auch ein Auswuchs in Bezug die Lehrerbezahlung.

Ich komme zu den Vorgriffsstellen, welche die Kollegin Mistler gerade angesprochen hat. Auch das ist cleverer, weil es auch haushalterisch gut ist. Wir begrüßen das. Fakt ist – wenn ich den Erlass richtig in Erinnerung habe – auch, dass es nicht ausschließlich darum geht, neu einzustellende Kolleginnen und Kollegen an die Grundschulen zu holen. Das wäre – auch wieder im Hinblick auf die beamtenrechtlichen Bedingungen – eher fatal, weil die nur halb abgeordnet werden können. Sie würden sonst nicht die Probezeit erfüllen. Vielmehr ist es auch so, dass hier sogar auf Bestandslehrkräfte zurückgegriffen würde. Das kann Vorteile haben, weil wir da auch in anderen Schulformen – in der Hauptschule, aber auch in der Grundschule – auf Schulpraktikerinnen und Schulpraktiker aus der Schulform Gymnasium zurückgreifen können. Es führt aber auch zur Situation, dass dann in diesen Schulen Kolleginnen und Kollegen mit A 13 – aber auch Oberräte mit A 14 – unterrichten, welche dann genauso besoldet sind wie die Kolleginnen und Kollegen, die die Schulen verantwortlich – teilweise ohne Konrektor – leiten. Die bekommen noch nicht einmal das gleiche Geld. Das ist die große Problematik, die wir sehen und die da für einen enormen Unfrieden sorgen wird.

Es ist richtig, dass dieses Potenzial erkannt wird. Das ist besser, als den Seiteneinstieg weiter anzukurbeln. Man sollte also auf dieses Potenzial zugreifen, aber bitte einmal den richtigen Schritt machen – das ist der Ball, der jetzt auf dem Elfmeterpunkt liegt – und die Frage der ungerechten Bezahlung der Lehrkräfte regeln. Dann hätten wir diese Problematik nicht mehr in der Größe, wie sie jetzt vorhanden ist. Sie würden den Kolleginnen und Kollegen im Ministerium die Arbeit wahnsinnig erleichtern.

**Maie Finnern (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen):** Auch ich schätze es so ein, dass der Korridor für die VorabEinstellung an den Gymnasien – das ist völlig klar – ein wichtiger und richtiger Weg ist. Denn es ist so, wie Frau Mistler vorhin bereits gesagt hat: Wenn die Umstellung auf G9 kommt und plötzlich mehrere Tausend Lehrkräfte gebraucht werden, wird man sie nicht auf einen Schlag bekommen. Allerdings muss man alle Konsequenzen sehen, die dieser Weg mit sich bringt. Herr Behlau hat gerade einige genannt, die ich nur deutlich unterstreichen kann. Die unterschiedliche Besoldung der Lehrkräfte, die an einer Schule dieselbe Tätigkeit verrichten, kommt bei den Menschen, die dort arbeiten, schlicht und einfach nicht gut an. Es ist schon so, dass das – das muss man ehrlicherweise zugestehen – zu einem großen Unfried in den Schulen führt. Ich bin da bei Herrn Behlau: Das ist der Elfmeter, den es zu verwandeln gilt. Man muss auf die gleiche Eingangsbesoldung kommen.

Die andere Variante besteht darin, Lehrkräfte an den Grundschulen bzw. weiterführenden Schulen einzustellen, die hinterher quasi wieder gehen können bzw. eine Stellengarantie für die Tätigkeit an einer Schule der Sekundarstufe II bekommen. Das ist eine Variante, welche für die Schulform, welche die Lehrkräfte zuerst hat, deutlich mehr Profit verspricht. Der besteht darin, dass richtigerweise für die Lehrkräfte, welche an den anderen Schulformen arbeiten, die Möglichkeit geschaffen worden ist, sozusagen den Übertritt in die neue Schulform – also in die Grundschule bzw. auch in die Sekundarstufe I – vorzunehmen. Davon erhoffen sich die Kolleginnen und Kollegen deutlich mehr, weil die Perspektive eine andere ist. Diejenigen, die jetzt kommen, kommen mit der klaren Perspektive: Ich bin jetzt für einige Zeit an dieser Schulform. Das ist ein anderes Arbeiten, als wenn ich mir, wenn ich diese Möglichkeit habe, überlegen kann, an der Schulform, wo ich gerade bin, zu bleiben, weil ich mich da wohlfühle. Es ist schon gelungen, auf diese Weise einige zu halten.

Ich möchte gerne noch einen anderen Punkt einbringen. Es wird hier – wie soll ich es sagen? – ein bisschen despektierlich über den Seiteneinstieg gesprochen. Ich möchte eine Lanze dafür brechen, uns damit zu beschäftigen. Wir müssen uns damit auch ehrlich machen. In den Schulen haben wir auf den Stellen, die ausgeschrieben sind, jede Menge Seiteneinsteiger. Die haben ganz unterschiedliche Qualifikationen. Im Moment haben wir folgendes Problem, dass sie ohne Qualifikation den Schulen arbeiten. Es gibt viel zu wenig qualifizierende Maßnahmen, und es gibt kein berufsbegleitendes Studium. Das hat unterschiedliche Auswirkungen. Auf der einen Seite hat es sicherlich die Auswirkung, dass die Qualität hinterfragt werden kann. Das kann man ihnen gar nicht vorwerfen, denn sie haben schlicht und einfach nicht die Ausbildung. Dafür muss man, glaube ich, viel mehr tun, denn sie befinden sich an den Schulen.

Die andere Seite sieht so aus, dass die Seiteneinsteiger eine gewisse Zeitlang sehr gerne in dem Arbeitsverhältnis, das sie haben, arbeiten. Irgendwann stellen sie fest, dass sie fünf, sechs oder sieben Jahre an einer Schule sind, aber keinerlei Möglichkeit haben, sich weiterzuentwickeln, weil ihnen die Qualifikation fehlt. Das führt zu großer Unzufriedenheit. Auch deswegen muss man sich dieses Bereichs annehmen und eine Qualifizierung auflegen, die Seiteneinsteiger befähigt, ein Lehramt zu erwerben und entsprechend vergleichbare Qualifikationen zu erlangen.

Wir haben einen entsprechenden Vorschlag gemacht. Es gibt Universitäten, die würden da mitmachen und berufsbegleitend für eine gewisse Zeit – das muss überhaupt nicht für immer sein; es geht nicht darum, die Ausbildung auszuhebeln – ein Studium für Leute auflegen würden, die sich mit Hochschulabschluss an den Schulen befinden, aber keine Lehramtsausbildung haben. Es sollte die Möglichkeit geben, eine Lehramtsausbildung oder ein Fach berufsbegleitend nachzumachen. Das würde dazu führen, hinterher vernünftig einzusteigen. Es dauert Jahre, solch eine Qualifizierung zu erlangen; aber das gibt – und darum geht es – eine Perspektive. Ich glaube, dass wir darüber intensiv reden müssen.

**Vorsitzende Kirstin Korte:** Herzlichen Dank, Frau Finnern. – Ich blicke in die Runde. Es gibt jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann sage ich unseren Sachverständigen, die uns hier und heute Rede und Antwort gestanden haben, herzlichen

Dank im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, so dass wir von Ihrem Wissen partizipieren konnten.

Ich möchte Sie darüber informieren, dass uns der Sitzungsdokumentarische Dienst das Protokoll dieser Anhörung bis zum 20. September zur Verfügung stellen wird, so dass wir aller Voraussicht nach am 30. September zu diesem Tagesordnungspunkt noch einmal beschließen werden.

Ihnen noch einmal herzlichen Dank. Kommen Sie gut heim. Bleiben Sie gesund. Ich freue mich auf ein Wiedersehen, das es sicherlich für den einen oder anderen in der nahen Zukunft geben wird. Alles Gute für Sie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch Ihnen herzlichen Dank. Liebe Frau Karabulut, ich wünsche Ihnen heute noch ein bisschen Geburtstagsfeier und sage ein herzliches Dankeschön, dass Sie an Ihrem Ehrentag bei uns gewesen sind.

gez. Kirstin Korte  
Vorsitzende

**Anlage**

17.09.2020/18.09.2020

2



**Anhörung von Sachverständigen**  
Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung

**Schulpolitische Halbzeitbilanz: Die Landesregierung ist noch nicht in ihrer  
Regierungsverantwortung angekommen. Sie sollte endlich anfangen zu regieren!**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/8425

19. August 2020,  
13.30 Uhr, Plenarsaal

## Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen Vorsitzende Maïke Finnern Essen	<b>Maïke Finnern</b> Gönül Candan	<b>17/2887</b>
LEIS-NRW e.V. Vorsitzender Ralf Radke Köln	<b>Stefan Schemann</b>	<b>avisiert</b>
mittendrin e.V. Vorsitzende Eva-Maria Thoms Köln	<b>Eva Maria Thoms</b>	<b>17/2893</b> <b>(Neudruck)</b>
Grundschulverband NRW Vorsitzende Christiane Mika Dortmund	<b>nein</b>	<b>17/2911</b>
Landesschüler*innenvertretung NRW Geschäftsführung Jonathan Röder Düsseldorf	<b>Sophie Halley</b>	<b>17/2904</b>
Verband Bildung und Erziehung NRW Stefan Behlau Dortmund	<b>Stefan Behlau</b>	<b>17/2878</b>

<b>eingeladen</b>	<b>Teilnehmer/innen</b>	<b>Stellungnahme</b>
Friedrich-Ebert-Gymnasium Schulleiter Frank Langner Bonn	<b>Frank Langner</b>	<b>17/2903</b>
Landesverband Nordrhein-Westfalen der Eltern und Förderer sprachbehinderter Kinder und Jugendli- cher e.V. Jochen-Peter Wirths Wuppertal	<b>Jochen-Peter Wirths</b>	<b>17/2886</b>
Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen Vorsitzende Sabine Mistler Düsseldorf	<b>Sabine Mistler</b>	<b>17/2905</b>
Herr Grischa Stieber Bielefeld	<b>Grischa Stieber</b>	<b>nein</b>
Frau Birgit Ahrnke Leopoldshöhe	<b>Birgit Ahrnke</b>	<b>nein</b>